



Sei DAbei!  
Bürgerbeteiligung für Darmstadt

# Dritter Bürgerbeteiligungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt

*Jahresbericht 2017*



[www.da-bei.darmstadt.de](http://www.da-bei.darmstadt.de)

Wissenschaftsstadt  
Darmstadt





**Dritter Bürgerbeteiligungsbericht  
der Wissenschaftsstadt Darmstadt**  
*Jahresbericht 2017*

## **VerfasserInnen**

Imke Jung-Kroh	Bürgerbeauftragte
Susanne Radmann	stellv. Bürgerbeauftragte
Verena Nunez	Verwaltungsfachwirtin im Büro der Bürgerbeauftragten
Günther Bachmann	Amt für Wirtschaft und Stadtent- wicklung, Leiter der Abteilung Statistik und Stadtforschung
Dr. Olga Zitzelsberger	TU Darmstadt, Praxislabor des Instituts für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik
Natalie Novakova	TU Darmstadt, Praxislabor des Instituts für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik
Carolin Holzer	IFOK GmbH

## **Mitarbeit**

Mitglieder des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung

Dezernat I, II, III, IV und V

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Grußwort des Oberbürgermeisters .....	2
2. Sachstandsbericht aus Sicht des Büros der Bürgerbeauftragten und Ausblick .....	4
3. Vorhaben mit Bürgerbeteiligung im Jahr 2017 .....	26
4. Kurzbericht zu den Ergebnissen der statistischen Evaluation .....	32
5. Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung – Ergebnisse der qualitativen Bestandsaufnahme zur Beteiligung an Beteiligungsverfahren in Darmstadt von Menschen mit Migrationshintergrund .....	40
6. Empfehlungen des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung .....	50

Anlage als gesondertes Dokument:

**Dokumentationen der Bürgerbeteiligungsverfahren im Jahr 2017**

**Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung**

# 1 Grußwort des Oberbürgermeisters

Bürgerbeteiligung in Darmstadt hat sich gut etabliert. Wir haben durch die Umsetzung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung mittlerweile viele gute Ansätze geschaffen, die Verlässlichkeit und einen hohen Standard in der Transparenz und Beteiligung vermitteln. Hierzu gehören sicherlich die Vorhabenliste und der Infobrief zur Bürgerbeteiligung. Mindestens genauso wichtig ist die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bürgerbeteiligung, der in der Erprobungsphase der Leitlinien eine wichtige Rolle gespielt hat und auch weiterhin eine große Bedeutung hat, so wie auch der interne Verwaltungsworkshop zur Bürgerbeteiligung.

Große Meilensteine waren für mich der Ausbau der Stabstelle zu einem Büro der Bürgerbeauftragten. Somit ist es uns gelungen, die wichtige Arbeit an dieser Schnittstelle auf mehrere Personen zu verteilen, das Wissen und die Kompetenzen der Stabstelle breiter zugänglich zu machen und den Service für alle auszubauen.

Mit dem Projekt Digitalstadt ist im letzten Jahr ein weiteres Großprojekt hinzugekommen, bei dem viel Wert auf einen hohen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger gelegt wird. An diesem Projekt lässt sich auch gut verdeutlichen, wie wichtig es ist, klar zu kommunizieren, um was es geht und um was nicht, denn sonst wird ein „Wünsch Dir was“ ausgelöst. So konkret wie möglich am Gegenstand zu beteiligen heißt am Beispiel der Digitalstadt, auf Basis der Projektideen gemeinsam Prototypen zu bauen oder Feedback zu den Prototypen einzuholen. Dieser kreative Prozess wird uns davor schützen, dass Projekte zu lange am Schreibtisch geplant werden. Das Verfahren steht beispielhaft für alle Beteiligungsprozesse. Wir versuchen nicht, in der Verwaltung Großprojekte in einem mehrjährigen Planungsprozess ausschließlich nach innen in die Verwaltung voranzutreiben und anschließend politisch zu verteidigen, sondern gehen früh raus zu den Bürgerinnen und Bürgern mit den Ideen, Ansätzen und Herausforderungen. Dies bedeutet auch, dass wir selber noch nicht alles wissen können bzw. Fehler machen können und diese korrigieren. Wir sind in einem großen Kulturwandel hin zu einer Verwaltung, die sich öffnet und gemeinsam mit der Bürgerschaft plant bzw. Ideen und Varianten testet, zu einer Politik, die die Verwaltung beauftragt, Meinungsbilder und Feedback einzuholen, um diese als Entscheidungsgrundlage an die Politik zurückzugeben.



Auch beim Prozess Masterplan DA2030+ kann man diese offene Grundhaltung gut beobachten und erproben. Ich freue mich, dass wir hier in Darmstadt viele partizipatorische Prozesse verbinden.

Bei Großprojekten der städtebaulichen Entwicklung wie etwa in der Lincoln-Siedlung, in Cambrai-Fritsch und Jefferson, aber auch in anderen Architekturwettbewerben haben wir im Laufe der Zeit sehr viel Erfahrung gesammelt. Wie in den Leitlinien angelegt, ist es in Darmstadt mittlerweile Standard, dass zu den Anforderungen von Wettbewerben Bürgerbeteiligung stattfindet und Bürgervertretungen im Preisgericht mitwirken. Auch nach den Wettbewerben wurde mit Beteiligung zur Konkretisierung der Planungen gute Erfahrung gemacht, weil eine intensivere Beschäftigung mit den Planungen stattfinden kann und die Büros sich persönlich vorstellen. Dies ist beispielsweise zur Gestaltung der Schule und des Quartiersplatzes und -parks auf Lincoln vorbildlich gelungen.

Unser Ziel, Bürgerbeteiligung offen für alle zu gestalten, Barrieren zu reduzieren und Menschen, die sich bisher nicht beteiligt haben, aktiv anzusprechen, verfolgen wir weiterhin mit hohem Einsatz. Hierzu zählt auch eine stärkere Erprobung einer neueren Methode der Beteiligung, dem Zufallsverfahren. Ein Dialog mit zufallsausgewählten Bürgerinnen und Bürgern findet derzeit zur Konkretisierung der Wettbewerbsergebnisse zu den Konversionsflächen Cambrai-Fritsch und Jefferson statt. Wir werden diese Methode auswerten und möglichst auf weitere Projekte anwenden.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Darmstädterinnen und Darmstädtern, die sich für eine gute Nachbarschaft und eine effektive Stadtentwicklung einsetzen, die uns Rückmeldungen zu unserer Politik und unserem Verwaltungshandeln geben und bei all denjenigen, die Darmstadt mit Ihrem Engagement bereichern.

Ihr

**Jochen Partsch**  
Oberbürgermeister



Quelle: Ulrich Mathias

## 2 Sachstandsbericht aus Sicht des Büros der Bürgerbeauftragten und Ausblick

**Das Jahr 2017 war geprägt vom Aufbau des Büros der Bürgerbeauftragten und von vielen großen und kleinen Beteiligungsprozessen, die fortgeführt, neu begonnen oder abgeschlossen wurden (siehe Kapitel 3 „Vorhaben mit Bürgerbeteiligung im Jahr 2017“). Insgesamt haben 25 Beteiligungsprozesse stattgefunden, an denen die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im dritten Jahr nach dem Umsetzungsbeschluss weiter erprobt werden konnten.**

Alle bisherigen Meilensteine und Strukturen, die seit der Verabschiedung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im Frühjahr 2015 bis Ende 2016 erreicht bzw. aufgebaut wurden, sind im 1. und 2. Bürgerbeteiligungsbericht erläutert<sup>1</sup>.

Die Zusammenarbeit zwischen den Fachämtern, den Eigenbetrieben und dem Büro der Bürgerbeauftragten konnte im Jahr 2017 weiter ausgebaut werden. Dies zeigt sich an den steigenden Teilnehmerzahlen im Verwaltungsworkshop und an den neu hinzugekommenen Projektleitungen, die Beteiligungsprozesse umgesetzt haben.

Interdisziplinäre Teams zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Beteiligungsverfahren haben sich bewährt, welche das Büro der Bürgerbeauftragten in den

verschiedenen Phasen der Beteiligung unterstützt, berät und Schnittstellen herstellt. Zudem werden durch das Büro die Qualitätskriterien zur Bürgerbeteiligung im Auge behalten. Im Idealfall fließen die Qualitätskriterien in die Ausschreibung von Beteiligungsverfahren mit ein, was in mehreren Fällen bereits gelungen ist.

Insbesondere Beiräte, aber auch Bürgerinitiativen und Gruppen im Gemeinwesen nutzen das Büro der Bürgerbeauftragten zunehmend. Zum einen, um sich beraten zu lassen, Feedback zu Ideen zu erhalten und Netzwerke auszubauen, zum anderen, um uns als Impulsgeber in die Gruppen und Gremien einzuladen. Dies stellt eine tolle Entwicklung dar, denn dies sind wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Arbeit der Bürgerbeteiligung und es zeigt auch, dass das Vertrauen wächst.

<sup>1</sup> Die vorherigen Bürgerbeteiligungsberichte finden Sie unter [www.da-bei.darmstadt.de](http://www.da-bei.darmstadt.de) zum herunterladen.



## Kontaktdaten

### Büro der Bürgerbeauftragten allgemein

Neues Rathaus, Zimmer 212,  
Luisenplatz 5a, 64283 Darmstadt  
(06151) 13-23 00  
buergerbeauftragte@darmstadt.de

### Imke Jung-Kroh

Bürgerbeauftragte, zuständig insbesondere für die strategische Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Darmstadt und die Beratung der Initiativen und Gruppen  
(06151) 13-31 82  
imke.jung-kroh@darmstadt.de

### Susanne Radmann

stellvertretende Bürgerbeauftragte, zuständig insbesondere für die Beratung der Verwaltung zu Beteiligungsprozessen  
(06151) 13-31 86  
susanne.radmann@darmstadt.de

### Verena Nunez

Verwaltungsfachwirtin, zuständig insbesondere für Anliegen-, Lob- und Beschwerdemanagement  
(06151) 13-31 84  
verena.nunez@darmstadt.de

In diesem Kapitel möchten wir aus der Perspektive des Büros der Bürgerbeauftragten diese und weitere Entwicklungen bei der Umsetzung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung darstellen und einen Ausblick auf das Jahr 2018 geben.

Mit dem Ausbau der Stabsstelle zu einem Büro der Bürgerbeauftragten mit 2,5 Stellen verfügt die Wissenschaftsstadt seit Juni 2017 über eine erweiterte zentrale Anlaufstelle für das Thema Bürgerbeteiligung und die Umsetzung der

Leitlinien. Außerdem unterstützt die Stabsstelle Verwaltung, Politik und Bürgerschaft bei der Planung, Umsetzung und Nachbereitung von Bürgerbeteiligungsprozessen zu konkreten Vorhaben. Darüber hinaus ist das Büro der Bürgerbeauftragten auch Ansprechpartnerin für Bürgeranregungen, Bürgerfragen, Lob und Beschwerden. Neben dem Aufbau der Bürostruktur, der Zuständigkeiten und Abläufe lag ein Fokus auf die Erstellung eines Selbstdarstellungsflyers, der Ende des Jahres fertig gestellt werden konnte.

---

## Unser Angebot

- Wir beraten Sie zu Fragen über Bürgerbeteiligung
  - Wir nehmen Ihr Lob, Ihre Beschwerden und Anregungen entgegen und kümmern uns um Beantwortung
  - Wir unterstützen Sie bei der Suche nach Informationen zu Planungen und Entscheidungen des Magistrats
  - Wir stellen Kontakte zu anderen Gruppen, Initiativen, Netzwerken her
  - Wir betreuen das Bürgertelefon
  - Wir organisieren die Bürgersprechstunde des OB
  - Wir versenden monatlich einen Infobrief zur Bürgerbeteiligung
  - Wir organisieren mit anderen Engagierten Stadtteilforen in Arheilgen und Eberstadt
  - Wir pflegen die Vorhabenliste mit Planungen der Stadt
-

## Die strategischen Ziele

Abgeleitet von den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung, gliedert sich die Arbeit des Büros der Bürgerbeauftragten in vier strategische Handlungsfelder und Ziele:



### Strategisches Ziel 1:

Die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung bilden den Handlungsrahmen zur Durchführung von Bürgerbeteiligung für Darmstadt

### Strategisches Ziel 2:

Es beteiligen sich bisher unterrepräsentierte Bürgerinnen und Bürger

### Strategisches Ziel 3:

Darmstadt besitzt eine kommunale Beteiligungskultur und eine lebendige repräsentative Demokratie. („Darmstadt ist unsere Stadt, hier lässt es sich gut leben.“)

### Strategisches Ziel 4:

Gegenseitiges Vertrauen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden und der Verwaltung ist gewachsen.

## Was wurde im strategischen Ziel 1 erreicht?

Strategisches Ziel 1: Die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung bilden den Handlungsrahmen zur Durchführung von Bürgerbeteiligung für Darmstadt

### Arbeitskreis Bürgerbeteiligung

Der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung wurde seit dem Beschluss zur Umsetzung der Leitlinien 2015 fortgeführt und hat weiter regelmäßig getagt. Im Jahr 2017 haben insgesamt drei Treffen stattgefunden. Aufgabe des Arbeitskreises

war bisher die Begleitung der Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung. Das Augenmerk seiner Mitglieder liegt auf den in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung enthaltenen übergreifenden Spielregeln zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Bürgerbeteiligung. Konkrete laufende oder geplante Teilnahmeverfahren zu Einzelvorhaben fallen dagegen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gremiums.

Der Arbeitskreis setzt sich weiterhin aus Mitgliedern der Politik, der Bürgerschaft und der Verwaltung zusammen. Die Sitzungen werden von der IFOK GmbH moderiert und die Sitzungsprotokolle auf [da-bei.darmstadt.de](http://da-bei.darmstadt.de) veröffentlicht.



Quelle: Büro der Bürgerbeauftragten

Bei der ersten Sitzung im Mai 2017 wurden Anregungen zum zweiten Bürgerbeteiligungsbericht, zur Evaluation, zur inklusiven Bürgerbeteiligung und zur Beteiligungsplattform gesammelt und sich ausführlich mit den Lernerfahrungen zur Vorhabenliste beschäftigt.

In der zweiten Sitzung im September 2017 wurde der gekürzte Rückmeldebogen und der Umgang mit Quorumsanträgen zu Vorhaben, die nicht auf der Vorhabenliste stehen, besprochen. Außerdem wurde die Bürgerbeteiligungsplattform [da-bei.darmstadt.de](http://da-bei.darmstadt.de) nach dem Relaunch vorgestellt und eine Diskussion zur Zukunft des Arbeitskreises nach Ende der Pilotphase im Frühling 2018 begonnen.

Bei der dritten Sitzung im November 2017 wurden die ersten Ergebnisse der Evaluation aus den Beteiligungsprozessen 2017 und aus der qualitativen Studie zur Erhöhung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund vorgestellt, diskutiert und Empfehlungen abgeleitet. Außerdem wurden Empfehlungen zur Zukunft des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung abgestimmt.

Die vierte Sitzung im Januar 2018 fand erstmalig im Bürgerhaus in Kranichstein statt und enthielt zum vierten Mal einen öffentlichen Sitzungsteil. Hier bestand für die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, im Austausch mit den Mitgliedern des Arbeitskreises die Empfehlungen kennenzulernen und zu

ergänzen. Im nicht-öffentlichen Sitzungsteil wurden die Ergänzungen beraten und die überarbeiteten Textteile zur Vorhabenliste in den Leitlinien abgestimmt.

Im Vorfeld zur Sitzung im Januar 2018 besuchte eine kleine Delegation des Arbeitskreises das Alevitische Kulturzentrum. Auf Einladung eines Arbeitskreis-Mitgliedes war die Delegation beim Frühstück und anschließenden Austausch mit Vorstandsmitgliedern zu Gast. Bereits schon vor einem Jahr hatte auf Anregung des Arbeitskreises ein Besuch im Mehrgenerationenhaus in Darmstadt stattgefunden.

Ziel dieser Besuche ist es, die Arbeit des Arbeitskreises bekannter zu machen, über Bürgerbeteiligung in Darmstadt zu berichten, zuzuhören, miteinander in Kontakt zu kommen und Bezüge herzustellen, und Bürgerbeteiligung für alle Darmstädterinnen und Darmstädter zugänglich zu gestalten.

Dieses zusätzliche Angebot bereichert die Arbeit des Arbeitskreises und des Büros sehr und sollte unbedingt fortgesetzt und möglichst ausgebaut werden. Denkbar sind beispielsweise Besuche in Schulklassen, Jugendhäusern, Familien- und Begegnungszentren, Migrantenselbsthilfeorganisationen, Senioreneinrichtungen, in Werkstätten und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung etc.



## Verwaltungsworkshop

Wie in den Vorjahren hat auch im November 2017 ein interner Verwaltungsworkshop stattgefunden. Der vierte Verwaltungsworkshop hatte zum Ziel, zu erfahren, was aus Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der Eigenbetriebe gut läuft in Sachen Beteiligung und an welchen Stellen Verbesserungsbedarf besteht. Es wurden Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung gegeben, die in der Fertigstellung befindliche Arbeitshilfe „Inklusiv beteiligen in Darmstadt!“ und die Ergebnisse der Evaluation wurden vorgestellt. Außerdem war Ruth Kupper aus der Stadt Mannheim zu Gast, um den Ansatz des Erfahrungsaustauschs zur Bürgerbeteiligung in der Mannheimer Verwaltung zu erläutern. Auf Basis dieses Ansatzes wurde die Idee für ein Austausch- und Unterstützungsangebot in Darmstadt skizziert, welches im Frühjahr 2018 beginnen wird.

Ziel des Verwaltungsworkshops ist es, Hinweise und Empfehlungen aus Sicht der Verwaltung in den weiteren Prozess einzubinden und Herausforderungen zu bearbeiten. Die Leitlinien müssen immer wieder thematisiert und weiterentwickelt werden, um zum gewünschten Kulturwandel beitragen zu können.

Am Verwaltungsworkshop nahmen erstmalig 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Dezernaten der Verwaltung teil, die Bezug zum Thema Bürgerbeteiligung haben. Dies stellt einen deutlichen Teilnehmerzuwachs gegenüber den Vorjahren dar (20 in 2016). Der Verwaltungsworkshop wurde von der IFOK GmbH vorbereitet, moderiert und dokumentiert.

Der Verwaltungsworkshop hat sich als Angebot sehr gut etabliert und ist mittlerweile Teil der abgestimmten und etablierten Struktur, um

eine verlässliche dezernatsübergreifende Informations- und Austauschplattform zum Thema Bürgerbeteiligung in Darmstadt zu gewährleisten. Wichtig ist hierbei auch, dass es gelungen ist, alle relevanten Ämter und Eigenbetrieb in das Angebot einzubinden.

Das Angebot des niedrigschwelligen Erfahrungsaustausches für die Praktikerinnen und Praktiker wird in Kürze hinzukommen.

## Vorhabenliste zur frühzeitigen Information

Die Vorhabenliste mit Informationen zu Planungen der Stadt, bei denen bereits Bürgerbeteiligung geplant ist oder von Bürgerinnen und Bürgern sowie Politik angeregt werden kann, wurde 2017 kontinuierlich fortgeschrieben. Dies bedeutet, dass jeweils eine neue Vorhabenliste im Februar und September in den politischen Gremien beraten und beschlossen und anschließend auf der Beteiligungsplattform und als Drucksache veröffentlicht wurde. Die 3. Vorhabenliste vom Februar 2017 enthielt insgesamt 38 Steckbriefe, darunter 16 neue Vorhaben. Diese Vorhabenliste wurde im März 2017 um drei weitere Projekte ergänzt.

Die 4. Vorhabenliste vom September 2017 enthielt insgesamt 44 Steckbriefe, darunter 11 neue Vorhaben. Im Berichtsjahr gingen zwei Anträge zur Anregung von Bürgerbeteiligung ein.

Neben der konkreten Umsetzung der Vorhabenliste wurde der Prozess zur Einbringung neuer Vorhaben auf die Vorhabenliste und der Umgang der Stadt mit Quorumsanträgen ausführlich im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung besprochen und daraufhin Vorschläge zur Überarbeitung des Kapitels zur Vorhabenliste in den Leitlinien erstellt. Ziel war eine Konkretisierung der

Definition von Vorhaben und eine Erweiterung der Regelungen zur Vorhabenliste. Diese neuen Textbausteine werden in Kürze im Rahmen der Fortschreibung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung den politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Die Bilanz zur Vorhabenliste fällt insgesamt positiv aus, sowohl nach innen als auch nach außen. Über die Vorhabenliste gibt es einen regelmäßigen Austausch mit den jeweiligen Projektleitungen zum Stand der Vorhaben, zum Beteiligungsgegenstand (Worum geht's eigentlich?) und zur fortlaufenden Konkretisierung der Beteiligungsmöglichkeiten. Auch die Herausnahme der Vorhaben, wenn keine Bürgerbeteiligung mehr möglich ist bzw. wenn die Beteiligung abgeschlossen ist oder das Projekt nicht zustande kommt sind wichtige Gesprächsanlässe.

Die Vorhabenliste fördert auch die die Transparenz der Verwaltung nach außen. Sie ermöglicht einen schnellen Überblick, an was die Stadt arbeitet, welche Projekte in den nächsten Monaten bearbeitet werden und macht deutlich, in welchem Prozessstand die Projekte sich befinden.

Auch die Möglichkeit zur Anregung von Bürgerbeteiligung wurde bereits mehrfach genutzt, dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, weil die Vorhabenliste bislang noch nicht ausreichend bekannt ist. Diese Nutzung des Angebots durch die Bürgerschaft begrüßen wir ausdrücklich. Über die Anregung zur Bürgerbeteiligung entscheiden der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung. Alle Magistratsvorlagen zur Entscheidung über die Anregungen sind im Parlamentsinformationssystem (<https://darmstadt.more-rubin1.de/>) der Stadt verfügbar.

**Vorhabenliste**

Herzlich Willkommen zur Vorhabenliste der Wissenschaftsstadt Darmstadt!


Ziel der Vorhabenliste ist es, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger über geplante Projekte der Stadt informieren können und erfahren, ob und in welcher Form eine Bürgerbeteiligung geplant ist. Nur wenn bekannt ist, was die Stadt plant, können in der Öffentlichkeit auch Alternativen diskutiert und Konzepte gemeinsam entwickelt werden.

Sie können sich auf dieser Plattform informieren, welche Planungen die Stadt Darmstadt verfolgt. Die Planungen werden in Steckbriefen beschrieben und zu einer Vorhabenliste gebündelt. Es werden Vorhaben aufgenommen, bei denen ein Gestaltungsspielraum existiert und Bürgerbeteiligung grundsätzlich durchführbar ist.

Die **vierte Vorhabenliste** beinhaltet die Aktualisierung der Projekte, die auf der dritten Vorhabenliste enthalten waren, außerdem wurden 8 Projekte von der Liste herunter genommen, bei denen die Bürgerbeteiligung abgeschlossen ist oder die Ausführung begonnen hat. Dies betrifft die Projekte

- „Breitbandausbau Wixhausen“, da der Breitbandausbau in Wixhausen abgeschlossen ist,
- den „Neubau Erweiterungsgebäude – Ludwig-Schwamb-Schule – Mühltschule“, da das Erweiterungsgebäude in diesem Jahr fertig gestellt,
- das Vorhaben „Gesamtsanierung Bertolt-Brecht-Schule“, da die Baumaßnahme abgeschlossen ist und das Gebäude an die Schule übergeben wurde,
- die „Gewässersanierung Woog“, da sie abgeschlossen ist,
- das Projekt „Landesgartenschau 2022“, da der Magistrat den Verzicht zur Durchführung der Landesgartenschau beschlossen hat,
- den „Städtebaulicher Ideenwettbewerb Darmstadt Innenstadt“, da dieser Wettbewerb zurückgestellt wurde,
- das „Mobilitätskonzept für die Lincoln-Siedlung – gehen, fahren und parken im Quartier“, da eine kontinuierliche Beteiligung zur Mobilität in der Lincoln-Siedlung in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement fortgesetzt wird und
- die „Straßenumgestaltung der Frankfurter Straße“ in Arheilgen, weil die Bürgerbeteiligung abgeschlossen ist und zudem Umsetzungsbeschlüsse gefasst wurden.

Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Vorhaben auf der Plattform (am 29.09.2017) haben Sie 2 Monate lang die Möglichkeit, Bürgerbeteiligung anzuregen, wenn keine freiwillige Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. Die Anregungsfrist für die 11 neuen Vorhaben endet am 4. Dezember 2017. Die neuen Vorhaben sind alle entsprechend gekennzeichnet.



## Einsatz von Rückmeldebögen und Umgang mit diesen Rückmeldungen aus Beteiligungsprozessen

Das Lernen aus Beteiligungsverfahren und die systematische Einbindung von Rückmeldungen aus diesen Prozessen in das weitere Verfahren ist wichtiger Bestandteil der Leitlinien und der Darmstädter Beteiligungskultur. Nachdem im Jahr 2016 ein Rückmeldebogen und ein Interviewleitfaden von einem externen Institut entwickelt wurden und erste Erkenntnisse aus den Blickwinkeln der beteiligten Bürgerinnen und Bürger, der Politik und der Verwaltung gewonnen werden konnten, wurden im letzten Bürgerbeteiligungsbericht die Ergebnisse dieses umfangreichen Prozesses dargestellt und Empfehlungen abgeleitet.

## Überblick über qualitative Ergebnisse aus den Rückmeldebögen 2017:



»Danke für die Veranstaltung und Möglichkeit zur Diskussion!«

»Gute Moderation, gute Karten.«

»Weiter so mit den Bürgern der Stadt in Kontakt bleiben.«

»Fast schon „familiäre“ Atmosphäre – als wenn wir uns schon länger kennen würden – geringe Barrieren beim Ins-Gespräch-kommen.«

»Besonders gut, Kleingruppenarbeit an „Knetischen“ gut strukturiert, eindeutige Fragestellungen und organisatorischer Rahmen.«

»Die Arbeit in Kleingruppen war produktiv.«

»Aktive Einbindung an Info-Tischen.«

»Gute Vorbereitung. Interessante Ideen zur Umsetzung. Aufmerksame Betreuung.«

»Sehr nützlich waren die Führungen am Wochenende vorher.«

»Angenehmes Arbeitsumfeld, gutes Catering.«

»Offene Atmosphäre mit guten Möglichkeiten für Gespräche!«

»Wie werden nicht so durchsetzungs- und artikulationsfähige Personen einbezogen?«

»Veranstaltungen auch per Facebook und App ankündigen, dann kommen auch mehr junge Menschen.«

»Bessere vorab-Info bei Bürgerterminen.«

»Menschen die nicht gut zu Fuß, Rollstuhlfahrer etc. sind, bitte in der Wegplanung, Gebäudebegehung etc. berücksichtigen.«

»Vergessen Sie die Non-Digital-Natives nicht. Sie wollen auch weiterhin am städtischen Leben teilhaben.«

»Darstellung der wissenschaftlichen Methoden evtl. nicht für alle verständlich.«



Der Einsatz der Rückmeldebögen am Ende von Beteiligungsveranstaltungen konnte im Jahr 2017 systematisch fortgeführt werden, da die Abteilung Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt die Eingabe und Auswertung der Rückmeldebögen seit Januar 2017 übernommen hat und das Büro der Bürgerbeauftragten die Austeilung und Sammlung der Rückmeldebögen übernimmt. Es handelt sich hierbei um ein freiwilliges, anonymes Angebot.

Im Jahr 2017 konnten auf diese Weise Rückmeldungen zu neun Veranstaltungen eingeholt werden. Eine Gesamtauswertung dieser neun Veranstaltungen ist im Kapitel 4 nachzulesen. Neben dieser Gesamtauswertung wurden die jeweiligen Veranstaltungsrückmeldungen auch den Projektleitungen zur Verfügung gestellt, um diese als Anregungen für weitere Prozesse konkret nutzen zu können. Zusätzlich bietet das Büro der Bürgerbeauftragten allen Projektleitungen hierzu Auswertungsgespräche an.

Neben diesem konkreten Umgang und der Auswertung der Rückmeldebögen hat 2017 ein Prozess, unterstützt vom Arbeitskreis Bürgerbeteiligung und der Abteilung Statistik und Stadtforschung, stattgefunden, um die Rückmeldebögen zu verschlanken und zu vereinfachen. Dieser konnte erfolgreich abgeschlossen werden, so dass seit Anfang 2018 ein vereinfachter Rückmeldebogen eingesetzt wird, der zum Ziel hat, Rückmeldungen zum jeweiligen Beteiligungsprozess einzuholen, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Alle Fragen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt generell, zum Vertrauen in Politik und Verwaltung und weitere übergeordnete Fragen wurden herausgenommen. Auch die sozio-demografischen Angaben zum Schul- und Bildungsstand, Einkommen, Haushaltsgröße etc. sind nicht mehr enthalten.

Es konnte vereinbart werden, dass einige übergeordnete Fragen in die repräsentative Bürgerumfrage 2018 integriert werden und

zukünftig alle drei Jahre repräsentativ erhoben werden. Wir erhoffen uns hiervon belastbarere und umfangreichere Rückmeldungen zur Frage, wer sich in Darmstadt im Zeitverlauf beteiligt und wer nicht bzw. ob durch die Aktivitäten in der Stadt sich die Meinungsvielfalt in Beteiligungsprozessen erhöhen lässt und ob das Angebot der Beteiligungsmöglichkeiten bekannter geworden ist.

Weiterhin ist geplant, zentrale Empfehlungen aus den Rückmeldungen zu den Beteiligungsverfahren und aus der Bürgerumfrage abzuleiten und diese intern zur Verbesserung der Beteiligungsangebote zu nutzen und im Bürgerbeteiligungsbericht zu veröffentlichen.

---

### Rückmeldebögen 2017

- Auswertung aller Rückmeldebögen seit 01/2017 durch die Abteilung Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt
  - Überarbeitung des 4-seitigen Rückmeldebogens in eine leichtere und kürzere Version (eine Doppelseite) 10–12/2017
  - Parallel Abstimmung des gekürzten Fragebogens mit dem Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
  - Einsatz des gekürzten Rückmeldebogens seit 01/2018 bei allen Beteiligungsveranstaltungen
  - Grundsätzlich: Weitergabe der Rückmeldungen aus den Veranstaltungen an die jeweiligen Projektleitungen
  - Außerdem: Vorstellung der zusammengefassten Ergebnisse im Verwaltungsworkshop und im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung, darauf aufbauend Ableitung von Empfehlungen für den Bürgerbeteiligungsbericht
-



## **Sachstand im strategischen Ziel 2: Es beteiligen sich bisher unterrepräsentierte Bürgerinnen und Bürger**

### **Arbeitshilfe „Inklusiv beteiligen in Darmstadt!“**

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus der Sozial- und Jugendhilfeplanerin, der Koordinatorin für Inklusionsprojekte, der Projektleiterin barrierefreie Gesundheitsversorgung, dem Betriebsleiter des Eigenbetriebs Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen, der WIR-Koordinatorin und dem Büro der Bürgerbeauftragten hat eine Arbeitshilfe „Inklusiv beteiligen in Darmstadt!“ entwickelt, um dem Bedarf nach konkreten Hilfestellungen, Arbeitshilfe und Checklisten angepasst an die Bedarfe der Darmstädter Fachverwaltung nachzukommen. Ein weiteres Ziel, welches mit der Entwicklung der Arbeitshilfe verfolgt wird, ist, dass der Grundsatz der inklusiven Bürgerbeteiligung verstärkt umgesetzt werden soll.

Unter dem Grundsatz der inklusiven Bürgerbeteiligung verstehen wir eine Haltung und konkretes Handeln, damit Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe für alle möglich ist und Vielfalt in Beteiligungsprozessen unterstützt wird.

Hierzu wurde in fünf Workshop-Terminen seit März 2017 eine praxisorientierte Arbeitshilfe für inklusive Beteiligungsprozesse erarbeitet, die ein ideales Vorgehen von der Vorbereitung bis zur Nachbereitung beschreibt und um inklusive Gesichtspunkte ergänzt.

Der Prozess zur Erstellung der Arbeitshilfe und den Hintergründen wurde im Verwaltungsworkshop im November 2017 vorgestellt. In Kürze wird die Arbeitshilfe webbasiert in das städtische Intranet eingestellt und somit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugänglich gemacht. Aktualisierungen und Ergänzungen können in die Arbeitshilfe eingearbeitet werden. In einem nächsten Schritt ist denkbar, dass eine gekürzte Fassung der Arbeitshilfe auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird.





Quelle: Amt für Interkulturelles und Internationales

## Aufsuchende Bürgerbeteiligung

In den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung wurde der aufsuchenden Bürgerbeteiligung ein großer Stellenwert eingeräumt. Im Jahr 2017 ist es gelungen, Ansätze der aufsuchenden Ansprache und Beteiligung verstärkt einzusetzen. Ziel des aufsuchenden Ansatzes ist es, Menschen zu unterstützen, ihre Interessen selbstbewusst zu vertreten und Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen. Hierzu wurde von der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein Inforad angeschafft, welches seit März 2017 kontinuierlich eingesetzt wird, um über Planungen vor Ort niedrigschwellig zu informieren, ins Gespräch zu kommen und Ideen und Rückmeldungen zu Planungen auf der Straße einzusammeln. Das Inforad wurde seit Ende März 2017 bei ca. 30 Aktionen vor Ort eingesetzt und erfreut sich einer hohen Beliebtheit. Die Besetzung am Inforad besteht in der Regel aus der Projektleitung, der Amts- oder Abteilungsleitung und einer Mitarbeiterin aus dem Büro der Bürgerbeauftragten. Das Inforad ermöglicht es, dass Fragen zu Planungen im Gespräch vor Ort eingebracht und in der Regel auch direkt beantwortet werden können. Mit diesem neuen Angebot werden viele Menschen angesprochen und erreicht, die an Informations- und Beteiligungsveranstaltungen nicht teilgenommen hätten. Aufgrund der Möglichkeit, sich unterwegs kompakt informieren oder eine Idee einbringen zu können, sehen wir in diesem Angebot ein hohes Potential. Außerdem ist es hoch erfreulich, dass innerhalb der kurzen Zeit, in der das Inforad bisher eingesetzt wurde, bereits mehrere Ämter aus verschiedenen Dezernaten dieses Format zusammen mit dem Büro der Bürgerbeauftragten erprobt haben.

Neben dem Einsatz des Inforads wurden die intensiven Kontakte mit der Gemeinwesenarbeit in den verschiedenen Stadtteilen und Quartieren Darmstadts weiterhin gepflegt, um Hinweise aus der Bewohnerschaft aufnehmen zu können und diese als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Beteiligungsprozesse einzubinden.

## Projekt „Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung“

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verfolgt das Ziel, dass Bürgerbeteiligung allen offensteht und zugänglich ist und will hierfür die entsprechenden Bedingungen schaffen. Im Rahmen der Entwicklungen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung wurde ein Prozess begonnen, um die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen und die Zugänge zur Bürgerbeteiligung zu stärken.

Zur Umsetzung dieses Prozesses wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus der TU Darmstadt, Praxislabor des Instituts für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik, der WIR-Koordinatorin und der Bürgerbeauftragten eingerichtet. Im Frühjahr 2017 wurden auf Basis eines Leitfadens Einzel- und Gruppeninterviews durch die TU Darmstadt durchgeführt und auf dieser Basis eine qualitative Bestandsstudie erstellt.<sup>2</sup> In einem ersten Workshop wurden die Studienergebnisse den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und interessierten Gästen vorgestellt und Ideen für Maßnahmen gesammelt. Außerdem

<sup>2</sup> Die Kurzfassung der Studienergebnisse ist im Kapitel 5 nachzulesen.

wurde die Studie im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung und in der Steuerungsgruppe interkulturelle Öffnung vorgestellt und diskutiert. Auf Basis dieser Beteiligungsergebnisse wird derzeit ein Entwurf für einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, der in einem 2. Workshop im März 2018 öffentlich vorgestellt und ergänzt wird.<sup>3</sup>

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erhofft sich von diesem Prozess eine Stärkung des Grundsatzes zur inklusiven Bürgerbeteiligung, da davon auszugehen ist, dass die Maßnahmen für alle Menschen nutzbar und sinnvoll sind.

Eine Umsetzung der Maßnahmen zum Abbau der Barrieren, bzw. Schwellen, und zur Erhöhung der Zugangswege zur Bürgerbeteiligung soll noch 2018 beginnen.



### **Ausbau der Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen**

Die Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen konnte 2017 deutlich intensiviert werden. Dies drückt sich in mehrere kleineren und größeren Projekten aus, die gemeinsam umgesetzt werden konnten bzw. in Planung sind.

Beispielsweise wurde in einem Pilotprojekt vereinbart, dass Plakate zur Bürgerbeteiligung an den Eigenbetrieb zur Überprüfung auf Einfache Sprache<sup>4</sup> weitergegeben werden. Die Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge, die dann vom Eigenbetrieb kommen, werden

<sup>3</sup> Das Projekt wurde auch dokumentiert und ist in der Anlage zu finden.

<sup>4</sup> Es gibt einen deutlichen Unterscheid zwischen einfacher und leichter Sprache.

an die Projektleitung weitergegeben. Diese wägt ab, welche Anregungen übernommen werden können. Das Projekt ist im November 2017 gestartet und bisher konnten drei Plakate auf Verständlichkeit und Einfache Sprache geprüft werden.

Das Projekt hat mehrere sehr positive Auswirkungen: Zum einen kommt das Büro der Bürgerbeauftragten über die Plakate mit dem Eigenbetrieb in ein Gespräch über die laufenden Beteiligungsverfahren und Interessen und Einbindungsmöglichkeiten von Menschen, die im Eigenbetrieb wohnen oder arbeiten. Zum anderen erhalten die Projektleitungen ein fundiertes und konstruktives Feedback zu ihren Plakaten und somit zur Öffentlichkeitsarbeit. Dies kann wiederum wichtige Diskussionen zum Thema „inklusiv beteiligen“ auslösen.

Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen ist geplant, das Projekt 2018 fortzusetzen und mit weiteren Angeboten wie Fortbildungen und Erläuterungen zum einfachen Aufbau von Öffentlichkeitsmaterialien fortzusetzen.

Außerdem wurde Ende 2017 begonnen, den Selbstdarstellungsflyer des Büros der Bürgerbeauftragten in Leichte Sprache zu übersetzen. Die Übersetzung wird von einer Fachkraft des Eigenbetriebs übernommen und eine Lesegruppe im Eigenbetrieb überprüft anschließend den Text auf Verständlichkeit. Das Büro der Bürgerbeauftragten versucht mit diesen Anlässen, gute Beispiele für die Verwaltungspraxis zu schaffen, die dann auch von anderen Arbeitsbereichen übernommen werden können.

Ein weiteres Projekt aus dieser Zusammenarbeit stellt das Angebot des Mängelmelders „DA ist was!“ in Einfacher Sprache dar, welches am 1. Februar 2018 gestartet wurde. Alle Texte, die im Mängelmelder hinterlegt sind, wurden vom Eigenbetrieb in Einfache Sprache übersetzt.



**Strategisches Ziel 3: Darmstadt besitzt eine kommunale Beteiligungskultur und eine lebendige repräsentative Demokratie. („Darmstadt ist unsere Stadt, hier lässt es sich gut leben.“)**

**Das Büro der Bürgerbeauftragten als Anlaufstelle für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung**

Durch die personelle Verstärkung im Arbeitsfeld im Frühsommer 2017 hat sich das Büro der Bürgerbeauftragten auch mit Fragen im Zusammenhang mit dem Neuaufbau des Büros beschäftigt. Hierzu haben im Mai und September 2017 zwei halbtägige Teamworkshops mit externer Unterstützung stattgefunden. Im ersten Teamworkshop wurde erarbeitet, was das Büro der Bürgerbeauftragten für Aufgaben erfüllt, was die strategischen Ziele sind, wie die Aufgaben im Team aufgeteilt werden können und wie die Büroabläufe gut organisiert werden können. Im zweiten Workshop konnte ein Aufgaben-, Zeit- und Zuständigkeitsplan für das nächste halbe Jahr erarbeitet werden. Diese Strukturen konnten wesentlich zum guten Start des neu zusammengestellten Teams beitragen. Ziel ist, dass fortlaufend halbjährlich Teamworkshops zur

Strategie- und Arbeitsplanung durchgeführt werden sollen.

**Unterstützung der Fachverwaltung und der Eigenbetriebe**

Das Büro der Bürgerbeauftragten unterstützt Projekte mit Beteiligung in allen Dezernaten und auch im Zusammenspiel mit den Eigenbetrieben der Stadtwirtschaft. Das Themenspektrum reicht daher über alle Themenfelder der Verwaltung hinweg von Digitalstadt über Platzgestaltungen bis hin zu Aktionsplänen. Die Rolle des Büros der Bürgerbeauftragten besteht daher in der Unterstützung der Fachverwaltung bei der Konzeption, der Umsetzung und Nachbereitung von guten Beteiligungsprozessen nach dem Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“. In der Regel wird das Büro von den Projekt- oder Amtsleitungen angefragt bzw. um Unterstützung gebeten. In einigen Fällen kommt dieser Auftrag auch direkt aus den Dezernaten. Der Umfang und die Art der Unterstützung sind je nach Verfahren, Ausgangssituation und der Erfahrungen der Projektleitung mit Bürgerbeteiligung sehr verschieden.

Die Unterstützung kann Methodik und grundsätzliche Fragen betreffen, häufig geht es aber über das Prozessdesign hinaus um

## Aufgaben und Zuständigkeiten im Büro der Bürgerbeauftragten

Aufgabe	Bearbeitung
Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung	Jung-Kroh / Radmann
Beratung zu Konzeption und Steuerung von Bürgerbeteiligung	Jung-Kroh / Radmann
Unterstützung der Bürgerbeteiligung in den Fachämtern	Radmann
Stadtteilforen	Jung-Kroh
Geschäftsstelle Lokale Agenda21	Jung-Kroh / Nunez
Bürgerhaushalt	Radmann
Erfahrungsaustausch und Schulungen	Radmann
Öffentlichkeitsarbeit zur Bürgerbeteiligung	Jung-Kroh / Radmann
Begleitung Digitalstadt, Masterplan 2030+	Jung-Kroh / Radmann
Bearbeitung Bürgeranliegen, -ideen, -beschwerden	Nunez
Bürgersprechstunden	Jung-Kroh / Nunez
Operative Unterstützung bei Veranstaltungen	Nunez
Büroorganisation und Rechnungswesen	Nunez

die Vermittlung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Unterstützung bei der Bewerbung und Ansprache und ganz konkrete praktische Fragen: Wie finde ich ein gutes Moderationsbüro, wo sind geeignete Räume, wie komme ich an Einladungen, an was muss noch gedacht werden etc. Häufig sind auch Rückmeldungen und Einschätzungen zu Konzepten, Einladungen, Dokumentationen etc. gewünscht. Hierbei profitieren alle Beteiligten von der Vernetzung des Erfahrungswissens, welches über die Jahre angesammelt werden konnte, so dass auf gute Beispiele zurückgegriffen werden kann. In Ausnahmefällen übernimmt das Büro der Bürgerbeauftragten auch selbst die Moderation von Veranstaltungen. Der Inhalt und der Umfang der Unterstützung sind immer abhängig vom jeweiligen Verfahren, den Bedarfen der feder-

führenden Stelle und den Ressourcen des Büros der Bürgerbeauftragten.

Bei ämterübergreifenden Beteiligungsverfahren, von denen es in der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Vielzahl gibt, arbeitet das Büro der Bürgerbeauftragten in den Koordinierungsrunden mit und bringt Vorschläge ein. Dies betrifft beispielsweise die laufenden Projekte zum Masterplan 2030+, zur Lincoln-Siedlung, zur Digitalstadt, zum Soziale Stadt Gebiet Pallaswiesen- und Mornewegviertel, zum Stadtumbau Ost oder zum Aktionsplan Gleichstellung.

Die Einbindung der direkt Betroffenen, der Bürgerinitiativen (falls vorhanden) und die Kontakt-herstellung und -pflege zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren innerhalb und außerhalb der Verwaltung stellen einen sehr hohen Wert dar.



Quelle: Michael Grundmanns

Aufgrund der bisherigen Aktivitäten des Büros und dem Aufbau vertrauensvoller Kooperationen ist es gelungen, dass das Büro der Bürgerbeauftragten zum selbstverständlichen Bestandteil bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligung in der Verwaltung geworden ist.

### **Unterstützung von Bürgerinitiativen und -engagement**

Die Unterstützung von Engagement aus der Bürgerschaft ist eine wichtige Kernaufgabe im Büro der Bürgerbeauftragten. Dieses Angebot wird von verschiedenen Initiativen in unterschiedlichem Umfang genutzt. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit findet mit den Themengruppen der Lokalen Agenda21, mit den Thementischen im Stadtteilforum in Eberstadt und mit einigen Beiräten statt. Anlassbezogen erreichen uns Nachfragen zur Unterstützung von engagierten Jugendgruppen, Migrantenselbstorganisationen, Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen etc.

Die Unterstützung dieses Engagements beinhaltet die Bereitstellung von Räumlichkeiten, die Weitergabe von Informationen und Ansprechpartnern, die Vernetzung mit anderen Aktiven, die Einschätzung von Prozessen und das Feedback auf Planungen und Überlegungen bis hin zur gemeinsamen Durchführung von Projekten und Veranstaltungen wie beispielsweise den 2. Arheilger Aktionstag „Mucker macht mit!“.

Außerdem arbeitet das Büro der Bürgerbeauftragten eng mit dem Freiwilligenzentrum Darmstadt zusammen, so dass Anregungen für Fortbildungen und Schulungen für Ehrenamtliche an das Freiwilligenzentrum weitergegeben und in der Regel realisiert werden können. Im September 2017 hat beispielsweise eine Fortbildung „Praxis der Vereinsorganisation“ in Arheilgen stattgefunden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt neben der Unterstützung des Engagements und der Vernetzung ist, dass durch die Zusammenarbeit das Netzwerk der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die verschiedenen Themen der Bürgerbeteiligung und in den verschiedenen Sozialräumen kontinuierlich ausgebaut wird.

### **Übergreifende Informationsangebote rund um Bürgerbeteiligung in Darmstadt – Bürgerbeteiligungsplattform und Infobrief**

Das übergreifende Informationsangebot zur Bürgerbeteiligung besteht insbesondere aus der zentralen Bürgerbeteiligungsplattform und dem Infobrief zur Bürgerbeteiligung.

Beide Angebote wurden im vergangenen Jahr neu designt, konzeptionell überarbeitet und für die mobile Nutzung optimiert. Zur Konzeption hat im März 2017 ein gemeinsamer Workshop zwischen Stadtverwaltung, dem beauftragten Dienstleister und der Werbeagentur stattgefunden und die Plattform ist im Mai 2017 im neuen Design online gegangen.



**MITMACHEN**  
 >> BÜRGERIDEEN FÜR DARMSTADT <<

**DARMSTADT WEITERDENKEN**  
 >> IDEEN FÜR STADTAKTIONEN GESUCHT! <<

Die Bürgerbeteiligungsplattform ist seit 2012 online und hatte seitdem mehr als 148.000 Besucherinnen und Besucher, 3,4 Millionen Seitenaufrufe und aktuell 3.048 Nutzende (Stand 15.02.2018). Auf der Bürgerbeteiligungsplattform wurde im letzten Jahr der Bürgerhaushalt, die Aktion Darmstadts Schätze im Rahmen des Masterplans 2030+, eine kartenbasierte Beteiligung zur Sozialen Stadt „PAMO – Mein Plan“ und die Vorhabenliste angeboten. Außerdem enthält die Bürgerbeteiligungsplattform viele Hinweise auf Beteiligungsprozesse der Stadt, des Regierungspräsidiums und des Landes Hessen.

Das Design der Bürgerbeteiligungsplattform ist sehr modern und ansprechend gestaltet. Außerdem bietet das System der Stadt aufgrund der modularen Anlage die Möglichkeit, flexibel und schnell neue Beteiligungsprozesse auf die Plattform zu bringen.

Neben dem Redesign der Beteiligungsplattform wurde auch der Infobrief zur Bürgerbeteiligung modernisiert und wird seit Dezember 2017 einmal monatlich versandt, um noch aktueller und kompakter informieren zu können. Insgesamt wurden im letzten Jahr sechs

Infobriefe an interessierte Bürgerinnen und Bürger verschickt. Für das Abonnement des Infobriefs sind 1.500 Menschen registriert (Stand 15.02.2018). Der Infobrief enthält Veranstaltungsankündigungen, Zwischenstände der Beteiligung und nächste Schritte, Nachbereitungen von Beteiligungsverfahren und Hinweise auf politische Gremien. Aufgrund der Bündelung der Ankündigung und der Möglichkeit, auch kurzfristig einen Infobrief verschicken zu können, wird der Infobrief als eingeführtes Format kontinuierlich fortgesetzt.

### Geschäftsstelle des Agenda-Beirats

Das Büro der Bürgerbeauftragten fungiert als Geschäftsstelle des Agenda-Beirats der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Der Agenda-Beirat bildet zusammen mit den elf Themengruppen der Lokalen Agenda21 in Darmstadt den Mittelpunkt der Aktivitäten rund um die Lokale Agenda21 in Darmstadt. Seit 1998 bereits engagieren sich Bürgerinnen und Bürger in der Lokalen Agenda21, um die Entwicklung Darmstadts zu einer nachhaltigeren Stadt zu



fördern. Die Lokale Agenda21 feiert im Jahr 2018 ihr 20-jähriges Jubiläum.

Die Geschäftsstelle unterstützt und koordiniert die Arbeit des Agenda-Beirats, indem sie zu den Sitzungen einlädt, diese vor- und nachbereitet und Referentinnen und Referenten anfragt. Der Agenda-Beirat tagt viermal jährlich in öffentlichen Sitzungen.

Außerdem ist die Geschäftsstelle Ansprechpartnerin für alle elf Themengruppen der Lokalen Agenda. Die Themengruppen haben jeweils eigene Schwerpunkte und führen Projekte selbstständig durch. Sie erhalten eine finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die Koordination und Ansprache findet über das Büro der Bürgerbeauftragten statt.

Im Jahr 2017 haben sich aus dem Agenda-Beirat zwei Arbeitsgruppen gebildet, die aus Engagierten verschiedener Themengruppen bestehen.

Eine Arbeitsgruppe bearbeitet derzeit Fragen zum Selbstverständnis der lokalen Agenda21, zu Aufgaben und Rechte, zur Zusammenarbeit des Beirats mit Verwaltung und politischen

Gremien und zur inneren Struktur. Eine weitere Arbeitsgruppe bereitet das Jubiläumsjahr 2018 vor.

Außerdem fand am 7. Juni 2017 zum ersten Mal eine Veranstaltung, die sich an alle Stadtverordneten richtete, erfolgreich statt. Unter dem Titel: „Lokale Agenda21 trifft Stadtpolitik“ trafen sich die Aktiven der Lokalen Agenda21 mit Stadtverordneten und Dezernentinnen und Dezernenten, um in guter Atmosphäre in einen Austausch zu kommen und sich gegenseitig kennenzulernen. Dieses neue Format wurde sehr gut angenommen und soll verstetigt werden. Im Rahmen der Jubiläumsfeier werden Elemente der Veranstaltung erneut aufgegriffen.

### **Internationaler und kommunaler Erfahrungsaustausch**

Das Büro der Bürgerbeauftragten wird regelmäßig für Vorträge oder zum Erfahrungsaustausch angefragt. Dies reicht von Besuchen anderer Kommunen, dem Empfang einer Delegation aus Süd-Korea bis hin zu Treffen zum Thema Bürgerbeteiligung in Darmstadts Partnerstädten. Es ist hilfreich, mit anderen



Kommunen und Akteuren im Gespräch zu sein, um die Darmstädter Prozesse zu reflektieren, aus den Erfahrungen anderer Städte zu lernen und Innovationen nach Darmstadt zu bringen.

Der kommunale Erfahrungsaustausch in der Bundesrepublik wird insbesondere über die Stiftung Mitarbeit organisiert, die das Netzwerk der kommunalen Partizipationsbeauftragten organisiert. Das Netzwerktreffen der kommunalen Partizipationsbeauftragten im Februar 2017 fand auf Einladung der Wissenschaftsstadt Darmstadt in Darmstadt statt.<sup>5</sup> Hierbei stand der Austausch über den Stand der Kommunen im Netzwerk und die Qualifizierung der Kommunalverwaltungen im Mittelpunkt. Die Bürgerbeauftragte ist außerdem Mitglied im Netzwerk Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit.

Aufgrund des inhaltlichen Grundsatzes der inklusiven Bürgerbeteiligung in Darmstadt engagierte sich die Bürgerbeauftragte auch als Leitung des Arbeitskreises „Breite Beteiligung“

gemeinsam mit Herrn Dr. Kuder vom Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (VHW). Der Arbeitskreis hat sich im Jahr 2015 im Rahmen der Allianz für vielfältige Demokratie gegründet und im Januar 2018 seine Arbeit abgeschlossen. Im Arbeitskreis hat zunächst eine intensive Beschäftigung mit der Forschungslage zum Themenfeld „Breite Beteiligung“ und dessen Mehrwert stattgefunden. Ziel des Arbeitskreises „Breite Beteiligung“ war es, Lösungen für die Praxis zu entwickeln, die Argumente für breite Beteiligung zu bündeln und über verschiedene Strategien zu vermitteln. Die Ergebnisse des Arbeitskreises und der gesamten Allianz wurden veröffentlicht, u.a. sind ein „Wegweiser Breite Beteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele“ und ein Plakat „Bürgerbeteiligung ist für alle da“ entstanden.<sup>6</sup>

Die Bürgerbeauftragte referierte außerdem auf mehreren Veranstaltungen im Jahr 2017: in der Stadt Griesheim im Rahmen einer

<sup>5</sup> Weitere Informationen zum Netzwerk kommunale Partizipationsbeauftragte und zur Stiftung Mitarbeit sind unter [www.netzwerk-buergerbeteiligung.de](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de) zu finden.

<sup>6</sup> Die Produkte und weitere Informationen sind unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/ergebnisse-allianz-vielfaeltige-demokratie/themenseite-breite-beteiligung/> zu finden.



Ausschuss-Sitzung, bei der Veranstaltung „Stadt & Netz“ in Ulm zum Thema „Lernen aus Beteiligungsprozessen“ und bei einer Veranstaltung „Demokratie in Aktion“ in Frankfurt.

Der internationale Erfahrungsaustausch konnte im letzten Jahr ausgebaut werden. Neben einer Dienstreise mit Vorträgen und Diskussionen in die ukrainische Partnerstadt Ushgorod im Rahmen des „Schnellstarterpaktes Ukraine“ war das Büro der Bürgerbeauftragten auch bei einer Tagung in Brescia vertreten. Bei beiden Treffen ging es neben dem Erfahrungsaustausch auch um das Kennenlernen anderer Beteiligungsansätze und den Ausbau der Kontakte zwischen den Fachkräften zur Bürgerbeteiligung in den verschiedenen Städten.

#### **Strategisches Ziel 4: Gegenseitiges Vertrauen und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden und der Verwaltung ist gewachsen.**

##### **Umgang mit Bürgeranliegen (Beschwerde-, Lob- und Ideenmanagement)**

Für das Beschwerde-, Lob- und Ideenmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist das Büro der Bürgerbeauftragten zuständig. Das Büro der Bürgerbeauftragten ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt und stellt damit sicher, dass Beschwerden und Ideen in allen Dezernaten als Querschnittsaufgabe verteilt und diesen auch nachgegangen werden kann (top-down).

Mit diesem zentralen Angebot hat die Bürgerschaft die Möglichkeit, Verbesserungsprozesse

direkt anzuregen und spiegelt somit auch die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung wider.

Das Lob-, Ideen- und Beschwerdemanagement gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, auch komplexe Problemstellungen an die Verwaltung einfach und unbürokratisch heranzutragen. Es kommt häufig vor, dass die Anliegen mehrere Ämter bzw. Dezernate betreffen oder dass Zuständigkeiten zunächst recherchiert werden müssen. Dies erklärt die unterschiedlichen Bearbeitungszeiten. Die Anliegen können teilweise direkt geklärt bzw. gelöst werden, teilweise müssen die Fachämter aber auch Ortstermine machen, weitergehende Prüfungen veranlassen oder Stellungnahmen von anderen Behörden einholen.

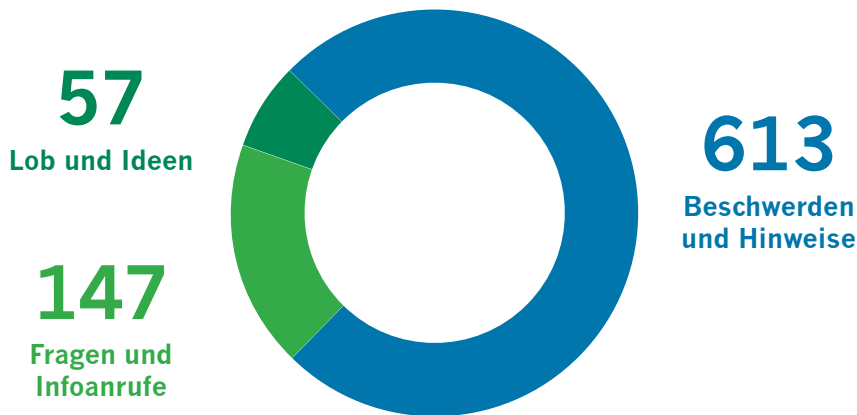
Nach der Besetzung der Verwaltungsstelle im Büro der Bürgerbeauftragten, die für das Anliegenmanagement und weitere Themen zuständig ist, wurde Mitte Juli begonnen, die Anliegen systematisch zu erfassen. Somit ist nun zum ersten Mal möglich, genauere Aussagen zu Art und Umfang der Anliegen zu machen, die im Büro der Bürgerbeauftragten eingehen und bearbeitet werden. Diese Form des Controllings wird in 2018 fortgesetzt.

Obwohl bisher kaum Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für das Angebot gemacht wurde, wird das Lob-, Ideen und Beschwerdemanagement durch die Bürgerinnen und Bürger sehr gut angenommen. Insgesamt sind seit dem Zeitpunkt der Aufzeichnungen 817 Meldungen innerhalb von 6 Monaten eingegangen (genauer Zeitraum der Erfassung: 17. Juli 2017 bis 31. Januar 2018). Im Mittelpunkt der Beschwerden standen Anliegen aus dem Themenfeldern Straßen und Verkehr.

**Abbildung:** Anzahl der eingegangenen Anliegen innerhalb des Erfassungszeitraums von 6 Monaten:

 **817**  
Meldungen

#### Verschiedene Arten der Anliegen



#### Eingangskanäle von Anliegen



Im Büro der Bürgerbeauftragten werden verschiedene Arten von Anliegen erfasst:

- Beschwerden und Hinweise
- Lob und Ideen und
- Sonstige Fragen und Infoanrufe

Die Anliegen werden über vielfältige Eingangskanäle an das Büro herangetragen. Häufig kommen die Anliegen schriftlich per E-Mail, Briefe oder Fax, auch telefonisch laufen sehr viele Anfragen ein. Diese kommen entweder über das Bürgertelefon (06151 13-2300) oder über Vermittlung durch das Bürgerinformationszentrum (BIZ) oder das Büro des Oberbürgermeisters.

Außerdem gab es im Erfassungszeitraum von 6 Monaten eine große Zahl persönlicher Vorsprachen wegen Bürgeranliegen. E-Mail ist das am meisten verwendete Kontaktmedium, dicht gefolgt vom Telefon.

Grundsätzlich will das Büro zukünftig ein aktives Lob-, Ideen- und Beschwerdemanagement ausgestalten, beispielsweise mit einem Ausbau der Internetpräsenz über Kontaktformulare. Vorstellbar ist auch, das Lob-, Ideen- und Beschwerdemanagement in den verschiedenen Stadthäusern sichtbar zu platzieren und direkt zu ermöglichen.

## Die Themen in der Bürger- sprechstunde 2017



### Bürgersprechstunde

Die Bürgersprechstunde ist ein regelmäßiges Angebot des Oberbürgermeisters. Sie findet seit 2012 regelmäßig an unterschiedlichen Orten in Darmstadt statt.

Im Rahmen der Bürgersprechstunde können Bürgerinnen und Bürger ein Einzelgespräch mit dem Oberbürgermeister führen. Teilweise melden sich auch Gruppen für die Bürgersprechstunde an. Interessierten Personen müssen sich hierzu im Büro der Bürgerbeauftragten anmelden und mitteilen, worüber sie sprechen möchten, damit die Bürgersprechstunden vorbereitet werden können.

Im Jahr 2017 haben vier Bürgersprechstunden stattgefunden (im März, Juni, September und Dezember). In der Regel werden pro Bürgersprechstunde acht Termine vergeben, alle Bürgersprechstunden waren ausgebucht.

Die Bürgersprechstunde fand im Kapellplatzviertel, in Eberstadt, in Arheilgen und in Bessungen statt. Wenn im Rahmen der Bürgersprechstunde Fragen offen blieben oder Anliegen mitgenommen werden, bekommen die Bürgerinnen und Bürger im Anschluss eine Rückmeldung.

Das Angebot der Bürgersprechstunde wird sehr gut nachgefragt und daher kontinuierlich



fortgesetzt. Denkbar wäre hier beispielsweise eine Erweiterung des Angebots um eine digitale Bürgersprechstunde.

### **Stadtteilforen**

Die Stadtteilforen in Eberstadt und Arheilgen stellen ein kontinuierliches Angebot der Wissenschaftsstadt Darmstadt dar, um einen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung zu fördern und aufrecht zu erhalten und Vertrauen auszubauen.

In Eberstadt haben im Mai und November 2017 Stadtteilforen stattgefunden, in Arheilgen im Januar und August 2017. Außerdem wurde der Arheilger Aktionstag „Mucker macht mit!“ am 6. Mai 2017 zum zweiten Mal erfolgreich durchgeführt. Alle Protokolle und

weitere Informationen sind unter <https://www.darmstadt.de/rathaus/buerger-dialog/stadtteilforen/> eingestellt.

Sowohl das verlässliche Angebot der Stadtteilforen als auch die zusätzlichen Aktionen in den Stadtteilen sind nur möglich, weil sich in beiden Stadtteilen Koordinationsteams gebildet haben, die die Stadtteilforen vor- und nachbereiten, die Arbeitsgruppen begleiten, die Tagesordnungspunkte für das Stadtteilforum entgegen nehmen, die Jahresplanung gestalten und Angebote und Formate zur Ergänzung des Stadtteilforums entwickeln.

### **Ausblick**

Das Büro der Bürgerbeauftragten wird seine Arbeit in Bezug auf die Umsetzung der



vier strategischen Handlungsfelder und Ziele fortsetzen.

Hierbei wird es in diesem Jahr insbesondere darum gehen, die Neukonstituierung des Arbeitskreises vorzubereiten und umzusetzen, um als begleitendes Gremium nach Ende der Pilotphase weiterarbeiten zu können. Ergänzend zu den Arbeitssitzungen sollen weitere Formate, wie beispielsweise öffentliche Werkstattgespräche zu Projektbeispielen, erprobt werden.

Der Beschluss und die Umsetzung der Maßnahme aus dem Projekt „Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung“ wird, neben der Prüfung und Bewertung der Einsatzmöglichkeiten von zufallsgestützten Beteiligungsverfahren, wichtige Impulse für eine inklusive Bürgerbeteiligung in Darmstadt liefern. Das Jubiläum

der Lokalen Agenda21 in Darmstadt, das Internationale Bürgerfest und viele weitere Veranstaltungen bilden in 2018 Plattformen, um miteinander in den Dialog zu kommen und Vertrauen zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung weiter aufzubauen. Auch die Neukonzeption des Bürgerhaushalts wird ein wichtiger Meilenstein sein.

Wir freuen uns, mit Ihnen gemeinsam die nächsten Schritte hin zu einer guten Beteiligungskultur in Darmstadt gehen zu können und freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen.

### 3 Vorhaben mit Bürgerbeteiligung im Jahr 2017

**In diesem Kapitel finden Sie Informationen zu den Beteiligungsverfahren, die im Jahr 2017 durchgeführt wurden. Außerdem haben wir in den Blick genommen, welche Einflussmöglichkeiten im Rahmen des jeweiligen Beteiligungsprozesses bestanden. Das Kapitel endet mit einem Überblick der Lernerfahrungen, die in den verschiedenen Prozessen und Veranstaltungen über das Jahr gesammelt wurden.**

#### **Hinweis**

Die ausführlichen Dokumentationen der Beteiligungsprozesse und -veranstaltungen aus dem Jahr 2017 finden Sie in der Anlage dieses Berichts und online unter <https://da-bei.darmstadt.de/>.

## Übersicht Beteiligungsprozesse 2017

Bezeichnung	Dokumentation in der Anlage auf
Baustellenbegehung für Bürgerinnen und Bürger am Woog	Seite 2
Wettbewerb zur Umgestaltung des Vorplatzes der Kunsthalle	Seite 3
Jugendbeteiligung zum Grünzug Karlsruher Straße in der Lincoln-Siedlung	Seite 5
Stadtteilforum Arheilgen	Seite 7
Bürgerbeteiligung zum Wettbewerb Landesgartenschau	Seite 10
1. Workshop zur Steigerung der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund – Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung	Seite 12
Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplan	Seite 14
Mobilitätskonzept in der Lincoln-Siedlung	Seite 16
Städtebaulicher Ideenwettbewerb Innenstadt – Mobile Bürgerbeteiligung und Online-Fragebogen	Seite 18
Soziale Stadt Pallaswiesenviertel / Mornewegviertel	Seite 20
DARMSTADT #DIGITALSTADT!	Seite 22
Stadtumbaugebiet Kapellplatz / Woogsviertel / Ostbahnhof	Seite 24
Bürgerhaushalt 2017	Seite 26
Stadtteilforum Eberstadt 2017	Seite 29
Radverkehrsanlagen Heidelberger Straße	Seite 32
Energetische Stadtsanierung Mollerstadt – Förderrichtlinie für private Begrünungsmaßnahmen	Seite 35
Podiumsdiskussion „Auf dem Weg zum Welterbe – Zukunft Haus Olbrich“	Seite 36
Städtebaulicher Wettbewerb „Ehemalige Cambrai-Fritsch-Kaserne / Jefferson-Siedlung“	Seite 38
„Misch mit“ – Kinder und Jugendbeteiligung in Darmstadt / Martinsviertel	Seite 40
Parkraumbewirtschaftung für das Kapellplatzviertel	Seite 42
Wissenschaftsplanspiel „Pimp My Ocean!“	Seite 43
Bürgerversammlung Waldkolonie	Seite 45
Rundgang Mathildenhöhe – verschiedene Themen u.a. Einführung Parkraummanagement Mathildenhöhe	Seite 47
Masterplan DA2030+ //// Darmstadt weiterdenken	Seite 48
Wissenswertes Digitalstadt	Seite 50

Abbildung 2: Stufen der Beteiligung



**Informieren:** Beteiligungsangebote dienen der Übermittlung von Inhalten an die Bürgerinnen und Bürger. Ein Beispiel ist die klassische Informationsveranstaltung mit Vorträgen und Informationsständen.

**Anhören:** Hier werden Hinweise und Anregungen zu einem geplanten Vorhaben eingeholt. Bürgerinnen und Bürger kommen untereinander und mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik ins Gespräch. Dies geschieht zum Beispiel im Rahmen einer Veranstaltung mit unterschiedlichen Themenecken und schriftlichen Kommentarmöglichkeiten.

**Mitgestalten:** Vorschläge und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern werden aufgenommen und fließen in die Ausgestaltung eines Vorhabens ein. Die Beteiligten ringen um die beste Lösung und beschäftigen sich intensiv mit dem Vorhaben, zum Beispiel in regelmäßigen Arbeitsgruppen. Im Anschluss kann auch die Umsetzung gemeinsam erfolgen.

### Darstellung: Stufen der Beteiligung

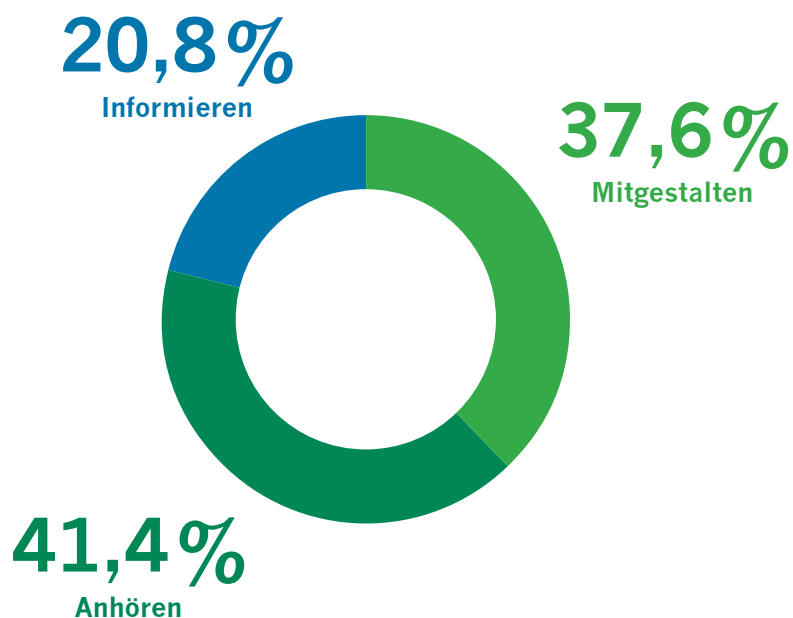
Die Leitlinien verstehen Bürgerbeteiligung als Möglichkeit zur Mitgestaltung und zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Hierbei gibt es unterschiedliche Stufen und Intensitäten der Bürgerbeteiligung. Die Stufenleiter beschreibt, auf welcher Stufe sich ein Bürgerbeteiligungsangebot befindet und wie viele Einflussmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bestehen. Um ein vertrauensvolles Miteinander zu schaffen, ist es wichtig, frühzeitig zu kommunizieren und transparent zu machen, auf welcher Stufe ein Beteiligungsangebot

angesiedelt ist. So kann man falschen Erwartungen an den Prozess vorbeugen. Dies trägt maßgeblich zu einem gelungenen Prozess bei.

Die folgende Grafik zeigt die Einordnung der Beteiligungsprozesse aus dem Jahr 2017 in die Stufenleiter der Beteiligung. Bei 20 Prozent der Bürgerbeteiligungsprozesse und -veranstaltungen handelte es sich um Informationsangebote. 41 Prozent fallen in die Kategorie „Anhören“ und knapp 38 Prozent der Prozesse und Veranstaltungen sind auf der Stufe „Mitgestalten“ anzusiedeln.



**Abbildung:** Einordnung der Beteiligungsprozesse aus dem Jahr 2017 in die Stufenleiter der Beteiligung



#### **Darstellung: Erfahrungen aus den Beteiligungsverfahren 2017**

Die Leitlinien sind grundsätzlich als „lernendes System“ zu verstehen, die auf Grundlage neuer Erkenntnisse ständig weiterentwickelt werden. Die statistische Evaluation stellt Informationen für ein solches „Nachsteuern“ bereit (siehe hierzu auch Kapitel 4 „Kurzbericht zu den Ergebnissen der statistischen Evaluation“).

Die federführenden Ämter verfassen nach jedem Prozess eine Dokumentation.

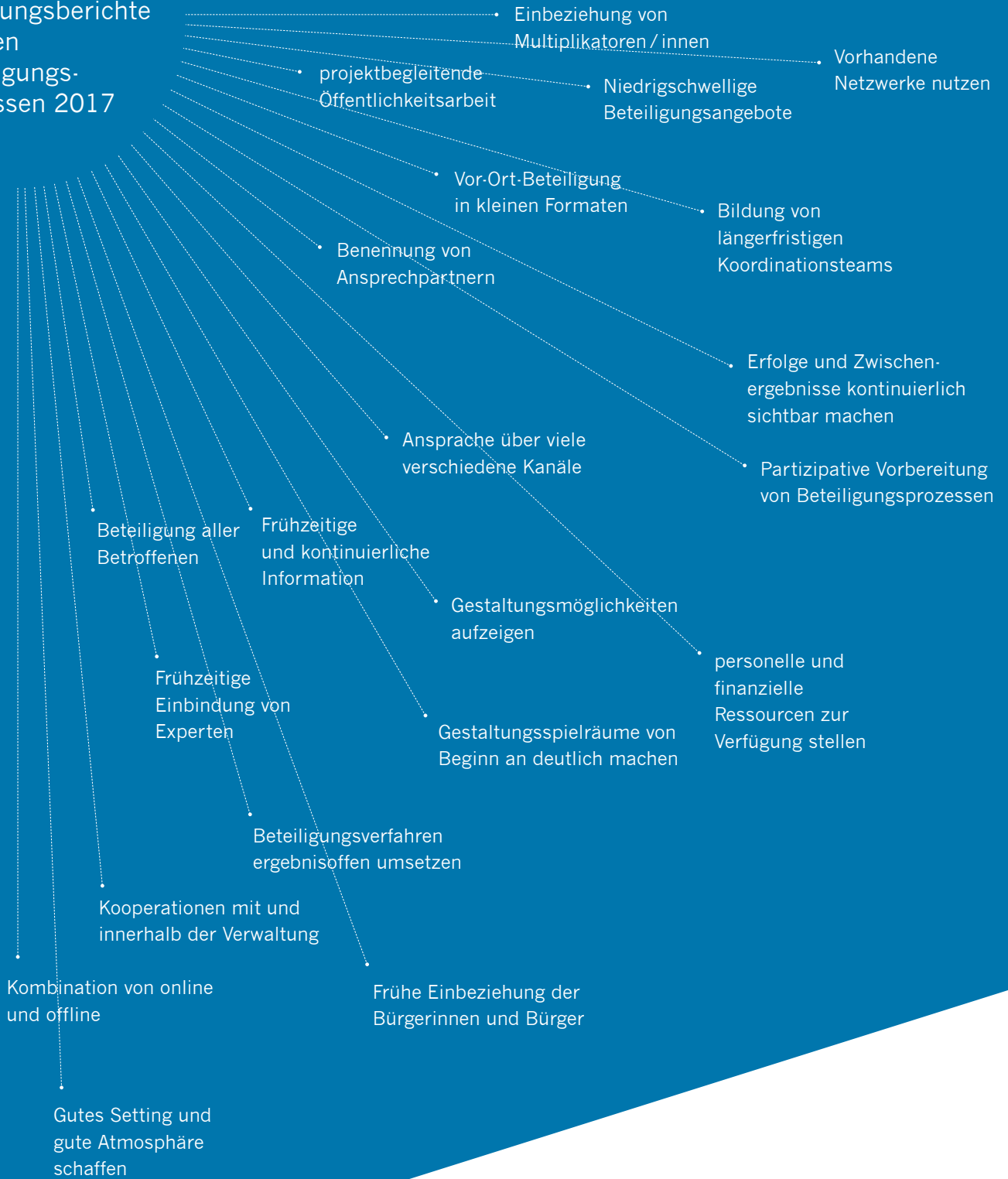
Hier werden die Lernerfahrungen und Erfolgsfaktoren für Beteiligungsverfahren aufgenommen.

Die folgende Abbildung gibt einen Einblick in Erfahrungen des letzten Jahres. Einen ausführlichen Überblick finden Sie in den Dokumentationen der Bürgerbeteiligungsverfahren aus dem Jahr 2017 im Anhang dieses Berichts.

**Abbildung: Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung  
abgeleitet aus den Erfahrungen im Jahr 2017**

**Best Practice**

Erfahrungsberichte  
aus den  
Beteiligungs-  
prozessen 2017





# 4 Kurzbericht zu den Ergebnissen der statistischen Evaluation

## Verfasser:

Günther Bachmann,  
Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung,  
Abteilung Statistik und Stadtforschung

## Einführung

**Bürgerbeteiligung ist heute für die Gestaltung und Entwicklung in deutschen Städten unverzichtbar. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat mit zwei Beschlüssen der politischen Gremien die Bürgerbeteiligung verstärkt und strukturiert (Magistrat am 12. Februar 2014, Stadtverordnetenversammlung am 13. März 2014). Mittlerweile sind etliche Verfahren der Bürgerbeteiligung auf Grundlage der Qualitätskriterien der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Gang gekommen, durchgeführt worden oder stehen für 2018 auf der Agenda.**

Um die Leitlinien für Bürgerbeteiligung und ihre Umsetzung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt besser beurteilen zu können, wurde mit Beginn der ersten Bürgerbeteiligungsprozesse nach dem Beschluss zur Umsetzung der Leitlinien im Frühjahr 2015 mit deren Evaluation begonnen. Dazu wurde ein erster Fragebogen von Sarah Perry und Dr. Rolf Hackenbroch vom Forschungsinstitut teleResearch GmbH, dem Büro der Bürgerbeauftragten und dem Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Abteilung Statistik und Stadtforschung, erarbeitet.

Zwischen August und Oktober 2016 untersuchten Frau Perry und Dr. Hackenbroch die Qualität der politischen Entscheidungsprozesse

hinsichtlich der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Dazu wurden insgesamt 120 Bürgerinnen und Bürger mittels des standardisierten Fragebogens zwischen August und Oktober 2016 bei vier verschiedenen Beteiligungsverfahren befragt. Durch die gute Rücklaufquote zwischen 50 und 62 Prozent konnten die Ergebnisse als repräsentativ für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vier untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen angesehen werden. Eine Zusammenfassung der durchgeführten Evaluation und deren Analyse wurde bereits veröffentlicht. Eine ausführliche Dokumentation der Untersuchungsergebnisse

können im Abschlussbericht 2016 auf der Bürgerbeteiligungsplattform der Wissenschaftsstadt Darmstadt eingesehen werden.

In 2017 wurde mit einem leicht überarbeiteten Fragebogen die Evaluation fortgeführt. Dabei zeigte sich bei der Bürgerbeteiligung 2017 ein anderes „Bild“ als bei der Beteiligung 2016: die soziodemografische Struktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte sich – in einem positiv zu bewertenden Sinne – geändert.

## **Erreichte und nicht erreichte Bevölkerungsgruppen**

Im Vergleich zu 2016 hat sich in 2017 die Teilnehmerinnen- und Teilnehmerstruktur bei den Veranstaltungen insofern verändert, dass nicht mehr die Personengruppen ab 65 Jahren die dominierenden sind, sondern dass sich insbesondere Jüngere und Personen zwischen 35 bis 55 Jahren deutlich stärker beteiligt haben. Dennoch ist auffällig, dass Personen in der Altersgruppe bis 25 Jahre – gemessen an ihrem Anteil

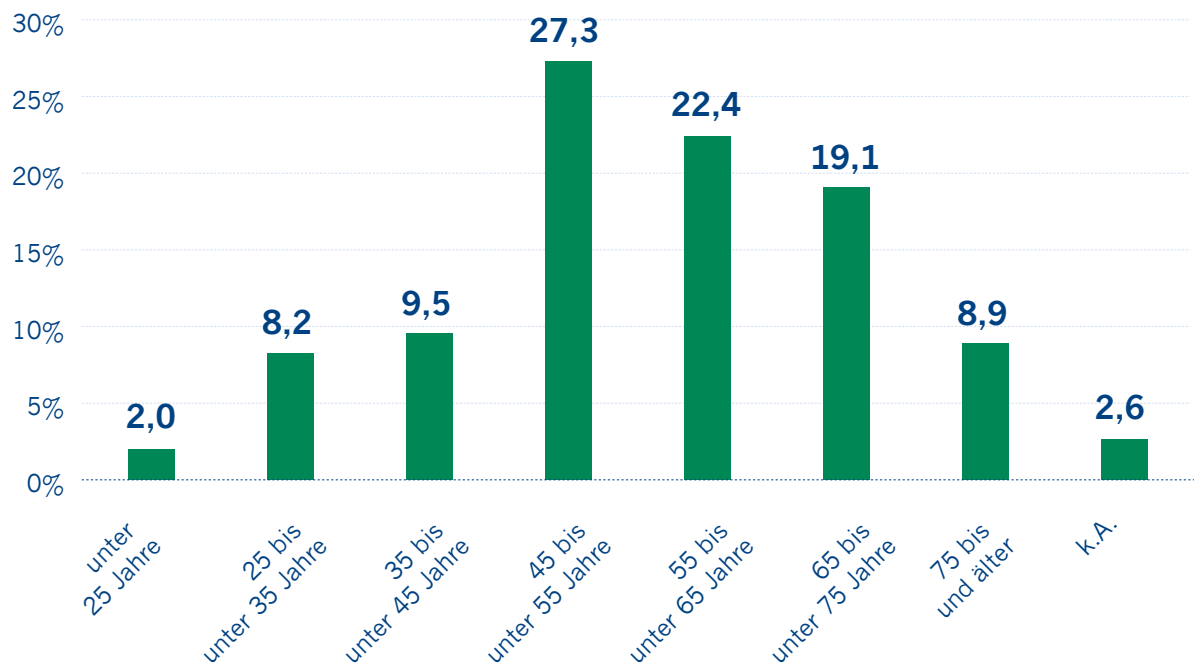
---

### **Kommentar**

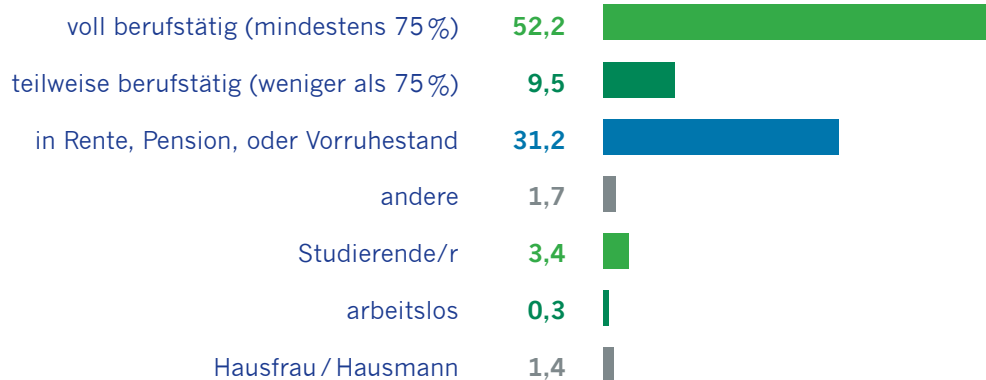
Bei folgenden elf Veranstaltungen in 2017 wurden die Fragebögen verteilt und anschließend ausgewertet: Landesgartenschau, Mobilitätskonzept Lincoln, Weltkulturerbeantrag, Mathildenhöhe, Bürgerdialog Pallaswiesen- / Mornewegviertel, Darmstadt DIGITALSTADT, Stadtumbau Darmstadt-Ost, Plenum zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsaktionsplans, Bürgerversammlung Waldkolonie, Workshop zur Bürgerbeteiligung, Darmstadt Weiterdenken – Masterplan 2030.

---

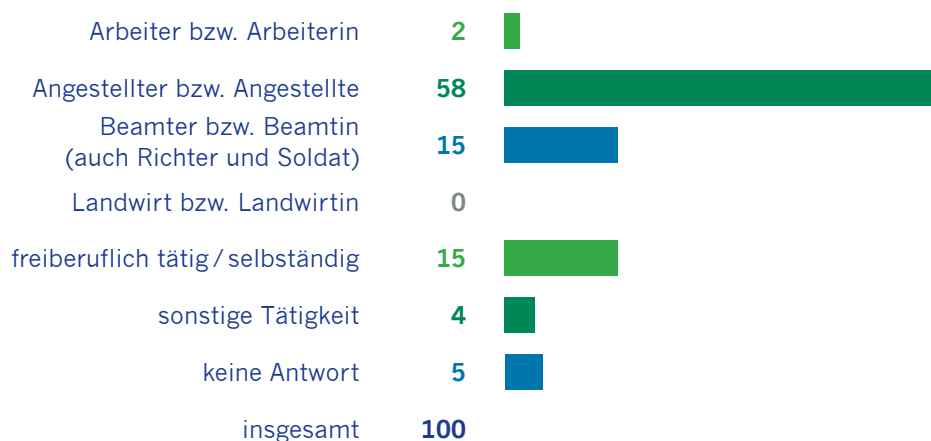
**Abbildung:** Beteiligung der Altersgruppen an den Bürgerbeteiligungen in 2017 in %\*



**Abbildung:** Beteiligung der Berufsgruppen an den Bürgerbeteiligungen in 2017 in %\*



**Abbildung:** Was ist Ihre derzeit oder zuletzt ausgeübte Tätigkeit? In %\*



\*Quelle: Eigene Berechnung

an der Stadtbevölkerung – zu wenig an den Bürgerbeteiligungen vertreten sind. War in 2016 der Anteil an Rentnerinnen und – überwiegend – Rentnern an den Beteiligungsveranstaltungen überproportional vertreten, so änderte sich dies in 2017 deutlich: die Gruppe der Berufstätigen stellte in absoluten und relativen Zahlen jetzt die Mehrheit der Beteiligung, auch wenn die Gruppe der Personen in Rente / Pension noch immer einen größeren Anteil an den Engagierten darstellen.

Interessant ist auch der Aspekt der derzeit bzw. zuletzt ausgeübten Tätigkeit, der in der Tabelle wiedergegeben ist.

### Beurteilung Quantität und Qualität von Bürgerbeteiligung

Für die Phase 2 der Evaluation der Veranstaltungen mit Bürgerbeteiligung wurde eine Gesamtauswertung vorgenommen, die folgende Ergebnisse feststellen konnte:

- eine gute Relation Männer zu Frauen
- deutlich ausgewogenere Beteiligung der verschiedenen Altersklassen als noch in 2016
- deutlich ausgewogenere Beteiligung der verschiedenen Berufsfelder
- etwas höherer Anteil Älterer / Rentnerinnen und Rentner im Gesamtverhältnis, jedoch deutlich besser als in 2016
- auch weiterhin ein zu geringer Anteil von Personen mit Migrationshintergrund

Damit ergibt sich insgesamt eine deutlich bessere Beteiligung der „Stadtgesellschaft“ am Prozess der Bürgerbeteiligung; auch die Ergebnisse sind damit deutlich repräsentativer in 2017. Mit der Durchführung der repräsentativen Bürgerumfrage im Mai 2018 wird ein weiterer, wesentlicher Baustein für die Feststellung der Repräsentativität von Bürgerbeteiligungsprozessen gelegt.



## Beurteilung der Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligung

Auffällig ist die hohe Zustimmung der Antworten zu den Inhalten der in 2017 durchgeführten Veranstaltungen: 85% haben der Aussage zugestimmt, dass sie sich über die Inhalte der Veranstaltung informiert gefühlt haben. Eine Mehrheit von zwei Dritteln konnte auch ihre Meinung einbringen, weniger Zustimmung gab es bei der Frage nach der Möglichkeit, die Inhalte mit zu verbessern.

Sehr hoch ist die Zustimmung zu der Frage, ob sich die Bürgerinnen und Bürger, die den Fragebogen ausgefüllt haben, auch in Zukunft an weiteren Veranstaltungen interessiert sind: mit fast 100% Zustimmung ist dies sicher eines der erfreulichsten Ergebnisse der Evaluation und zeigt die hohe Akzeptanz der Durchführung dieser Art der Bürgerbeteiligung.

Immerhin zwei Drittel wissen schon jetzt, dass sie sich auch in Zukunft aktiv beteiligen werden.

Generell wird die Entscheidung, mehr Bürgerbeteiligungen durchzuführen, als positiv angesehen und zwei Drittel finden es gut, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger an den Planungen und Vorhaben der Stadt beteiligen.

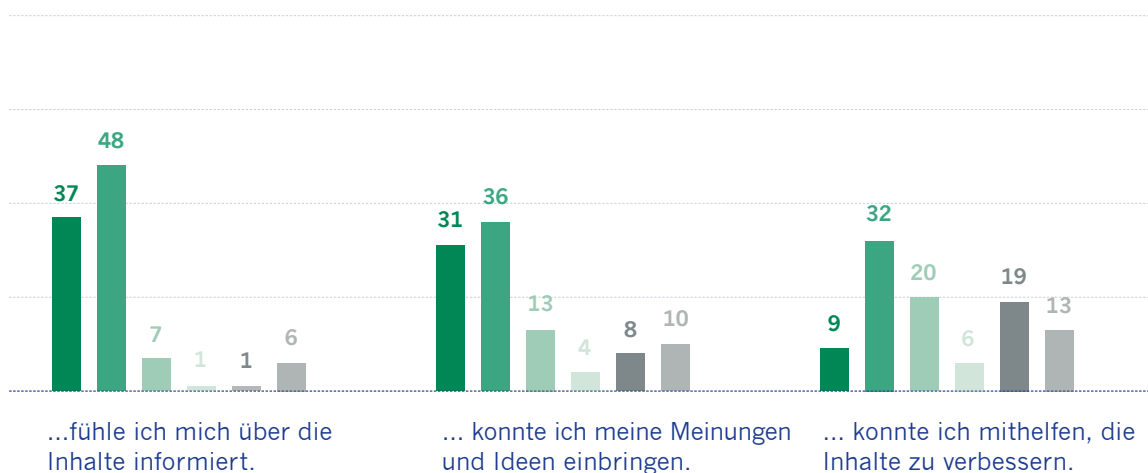
## Kenntnis und Information über die Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung

Der größte Anteil der Information über die geplante Veranstaltung mit Bürgerbeteiligung beziehen die Interessierten aus der lokalen Tageszeitung mit 31% – dies bedeutet, dass fast jeder Dritte sich die Information zum Termin und zu den Inhalten der Bürgerbeteiligung aus dem Darmstädter Echo holt. Auffällig sind jedoch auch die Angaben zu den Rubriken Plakate und Flyer, die mit 27% bzw. 13% sehr hohe Werte erreicht haben. Daneben spielt das Internet bzw. die städtische Internetseite eine wichtige Rolle: hier holte sich in 2017 mehr als jeder Vierte die gewünschte Information ab.

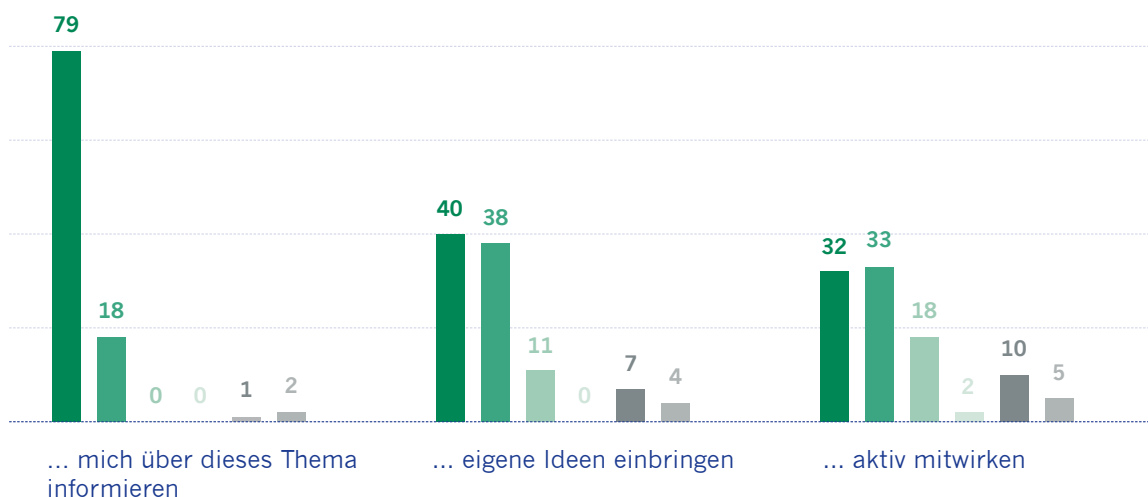


**Abbildungen:** Gesamtauswertung der Fragebogen – Bürgerbeteiligung 2017  
Erwartungen an und Beurteilung der Bürgerbeteiligung zur o.g. Veranstaltung

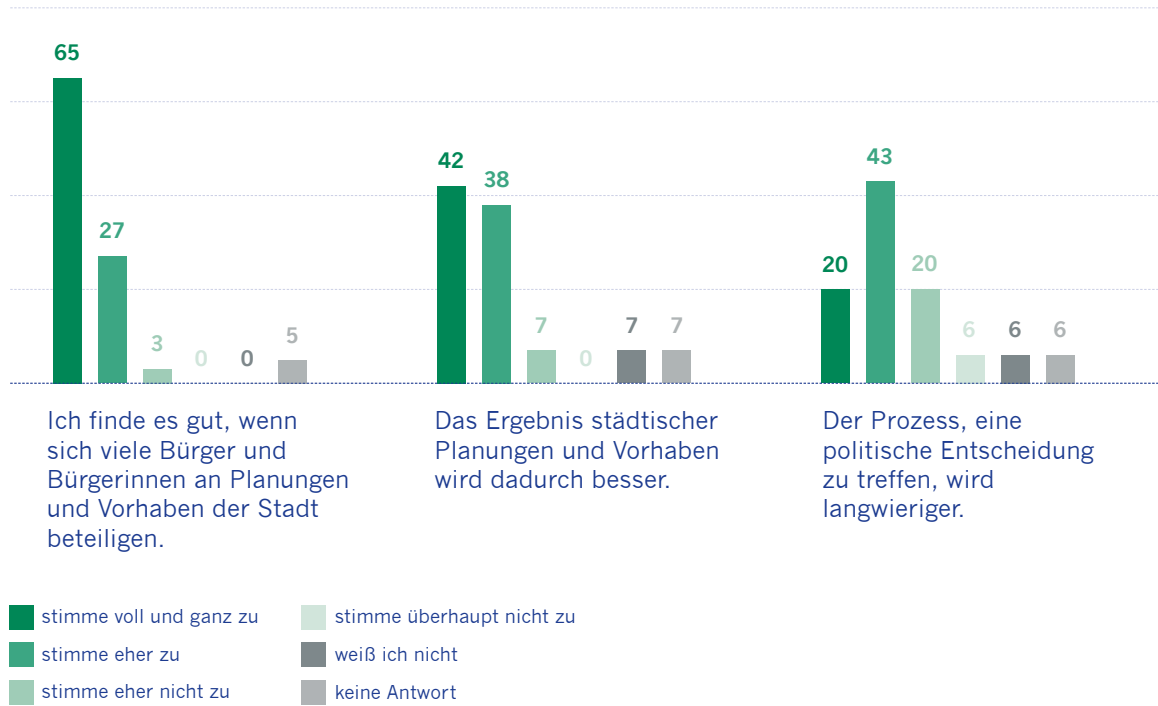
**Durch meine Teilnahme an der heutigen Veranstaltung...**



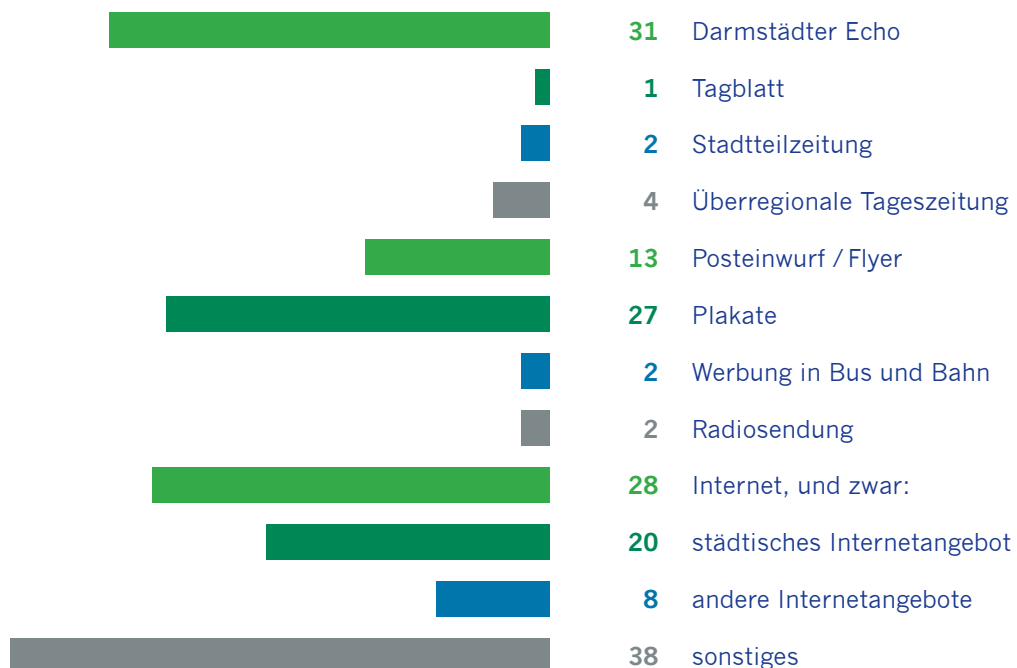
**Auch in Zukunft werde ich ...  
(Mehrfachnennungen möglich).**



### Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



### Woher haben Sie im Vorfeld Informationen zur heutigen Veranstaltung bekommen? In % (Mehrfachnennungen möglich).



## Interpretation und Empfehlungen

In den letzten Jahren hat sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt durch starke Bevölkerungszuzüge und durch die wachsende Zahl von Beschäftigten verändert: viele Studierende und junge Erwerbstätige sind in die Stadt gezogen und haben in Teilen das Stadtbild und die Stadtgesellschaft verändert. Aber auch die schon länger in Darmstadt

Wohnenden haben Veränderungen in ihrem Lebensalltag bemerkt, die sich bei der Bürgerbeteiligung bemerkbar machen.

Generell kann festgehalten werden, dass aus Sicht der Evaluation die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige und positive Weiterentwicklung der demokratischen Teilhabe in der Wissenschaftsstadt Darmstadt darstellt.

---

### Aus den hier vorgestellten Ergebnissen lassen sich mehrere Schlüsse ziehen, die die Bürgerbeteiligungsverfahren in 2018 noch verbessern können:

- Die Information über Termine und Themen der jeweiligen Bürgerbeteiligungen können per Flyer, Posteinwurf und Inforad in Stadtteilen und Quartieren eine breitere Öffentlichkeit erzielen
  - durch die ggf. breitere Streuung der Information zu Terminen und Themen der jeweiligen Bürgerbeteiligungen besteht die Chance, auch bisher unterrepräsentativ vertretene Gruppen der Stadtgesellschaft wie z. B. Migrantinnen und Migranten, Jüngere und Menschen ohne formale Schul- und Berufsabschlüsse zu erreichen
  - mit der Bürgerumfrage 2018 besteht die gute Gelegenheit, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus deren persönlichen Sicht in repräsentativer Weise zu erfahren, woraus sich eine Fülle von Informationen zu Themen und Beteiligungen ergeben wird. Dies kann mit den bereits durchgeführten Bürgerbeteiligungen in Bezug auf Beteiligung (Alter, Geschlecht, Sozialstatus etc.) abgeglichen werden. Daraus lassen sich gegebenenfalls neue Möglichkeiten für die Ansprache bisher vernachlässigter Themen oder Personengruppen ablesen.
-

# 5 Vielfältige Zugänge zur Bürgerbeteiligung

## Ergebnisse der qualitativen Bestandsaufnahme zur Beteiligung an Beteiligungsverfahren in Darmstadt von Menschen mit Migrationshintergrund

### Verfasser:

Natalie Novakova und Dr. Olga Zitzelsberger,  
TU Darmstadt,  
Praxislabor des Instituts für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik

**Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat sich zu einem interkulturellen Öffnungsprozess der städtischen Verwaltung verpflichtet und befindet sich damit im Einklang mit zahlreichen Migrant\*innenorganisationen (vgl. beispielsweise Hirsland 2013, S. 17) in Deutschland, die in einer interkulturellen Öffnung<sup>7</sup> der Gesellschaft, ihrer Organisationen und Institutionen einen wesentlichen Beitrag für eine gleichberechtigte Teilhabe aller sehen. Interkulturelle Öffnung bedeutet auch, sich der Thematik von (Alltags-) Rassismus und Diskriminierungserfahrungen zu stellen und Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, die sowohl individuelle als auch institutionelle Diskriminierung reduzieren bzw. verhindern. In diesem Kontext fand 2017 eine qualitative Bestandsaufnahme zur Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Selbstorganisationen an städtischen Beteiligungsverfahren statt mit dem Ziel, anhand der Ergebnisse konkrete Maßnahmen für künftige Beteiligungsverfahren abzuleiten.**

---

<sup>7</sup> Der Begriff Kultur stellt die Basis für die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung von mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen und der produktiven Gestaltung kultureller Pluralität dar, ist aber vor allem aus antirassistischer Perspektive kritisch zu betrachten. Die Begrifflichkeit verfestigt die (konstruierte) Bedeutung kultureller Zugehörigkeit. Migrationsgesellschaftliche Phänomene und Problemlagen werden auf die Kategorie Kultur reduziert und Diskriminierungen sowie Ausschließungsmechanismen in gesellschaftlichen Bereichen bleiben weitgehend unhinterfragt. Die gestaltbare Komponente von Kultur, die auch von sozialen, politischen sowie wirtschaftlichen Bedingungen beeinflusst wird (z. B. fehlende Beteiligungsmöglichkeiten), rückt – so trotz des historischen Perspektivwandels – ins Abseits.

Barwig und Hinz-Rommel führten den Begriff der „Interkulturellen Öffnung sozialer Dienste“ ein. Die Grundlagen gelten dabei auch heute noch als Begründungsrahmen für die Initiierung und Implementierung von Konzepten Interkultureller Öffnung von öffentlichen Organisationen (vgl. Griese / Marburger 2012, S. 2).



Quelle: Stadtplanungsamt

### Vorbemerkungen: Im Spannungsfeld von Stigmatisierung und Anerkennung

Die Darmstädter Bevölkerung ist in sich sehr vielfältig, die Kategorie mit Migrationshintergrund ist hierbei nur eine Kategorie. Zusätzlich ist der Begriff Migrationshintergrund sehr umfassend und beinhaltet oftmals auch Menschen ohne eigene Migrationserfahrung, so dass hierdurch Menschen auf ein Merkmal ihrer Identität häufig ungerechtfertigt reduziert/festgelegt werden. Das mit der Festlegung verbundene Unbehagen war auch in den Interviews spürbar. Den Interviewpartner\*innen war zum Teil körperlich, mimisch und gestikulierend anzumerken, dass ihnen die spezifische Benennung von Menschen mit Migrationshintergrund Unbehagen bereitet. Sehr häufig werden, entsprechend vor oder zum Abschluss einer inhaltlichen Aussage, Formulierungen der Relativierung, eine Betonung von Heterogenität oder auch weitere Unterscheidungskriterien benannt. Hierin spiegelt sich ein Diskurs, der auch innerhalb der Sozialforschung virulent und längst nicht entschieden ist. Die Identifizierung spezifischer Diskriminierung und

gezielter Förderung bedarf einer statistischen Generalisierung von Daten und Erkenntnissen. Damit einhergehen kann eine ungewollte und zuschreibende Stigmatisierung dieser Gruppe. Andererseits bedeutet die Benennung auch die Anerkennung einer spezifischen gesellschaftlichen Positionierung und Bedürfnislage. Für Forschende ebenso wie für politisch und sozial handelnde Personen entsteht hierdurch ein Spannungsbogen von Stigmatisierung und Anerkennung (vgl. Mecheril 2010).

Die explizite Etikettierung Herkunft bzw. Migrationshintergrund würden viele Betroffene als Stigmatisierung empfinden. Dies drücke sich z. B. darin auch aus, dass Anliegen dieser Etikettierten in der Verwaltung stets an das Amt für Interkulturelles und Internationales verwiesen würden und nicht an die sachlich zuständigen Abteilungen (Expert\*in 3, Z. 47–57). Eine entsprechende Stigmatisierung und Diskriminierung verlaufe auch entlang der Wohnadresse: Adressen in sogenannten sozialen Brennpunkten, wirken sich nachteilig auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt aus. (B1, Gruppeninterview MBE, Z. 85–98)

Andere Interviewpartner\*innen formulieren, dass den besonderen Bedürfnissen bestimmter Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen sei. Hier könnten auch die Menschen mit Migrationshintergrund als spezifische Gruppe identifiziert werden. So sei es ein schlichtes Faktum, dass diese Gruppe mit mehreren Sprachen lebe und entsprechend in der deutschen Sprache ggf. Unterstützung benötige.

Auf wissenschaftlicher Ebene wird hier einerseits auf die Gefahr der Kulturalisierung (Scherr u. a. 2017) von spezifischen Lebensverhältnissen verwiesen und andererseits der Notwendigkeit Ausdruck verliehen, dass nur durch eine spezifische Adressierung bestimmte Diskriminierungen sichtbar gemacht und Abhilfe geschaffen werden könne (z. B. Gomolla / Radtke 2002). In diesem Sinne sind die folgenden Aussagen stets als statistische

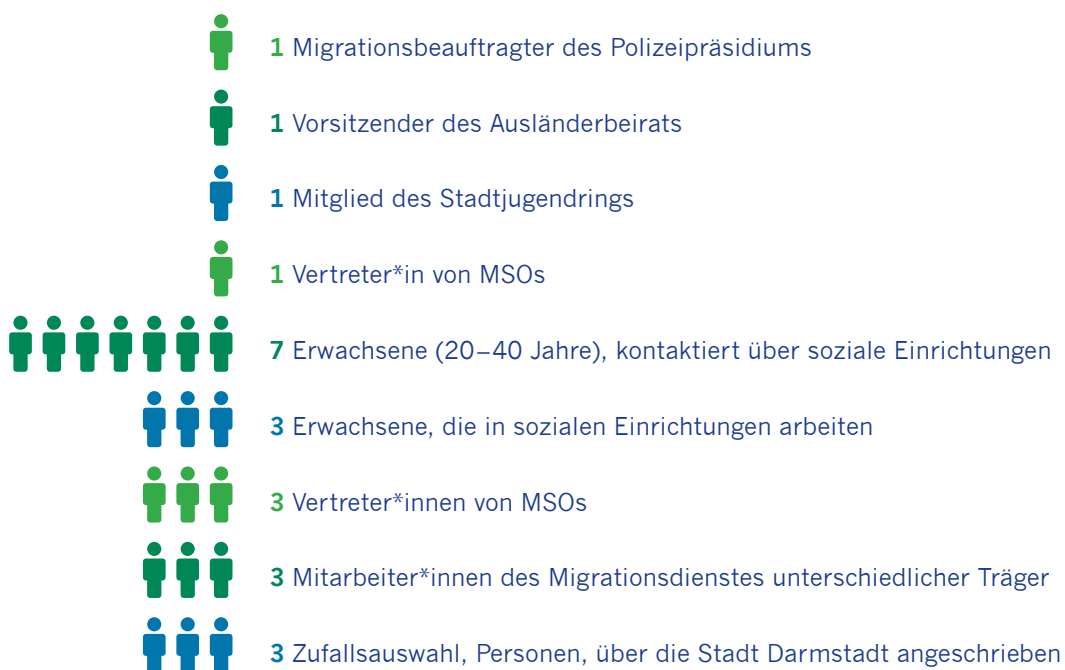
Generalisierungen zu verstehen, die keinesfalls Rückschlüsse auf Individuen zulassen, aber gleichfalls notwendig erscheinen, um den besonderen Erfahrungen, Potenzialen und Bedürfnissen einer Gruppe von Darmstädter\*innen Ausdruck zu verleihen.

## Erhebungsdesign

### Auswahl der Interviewpartner\*innen

Die Interviewpartner\*innen wurden in Rücksprache mit der Bürgerbeauftragten und einer Mitarbeiterin des Amtes für Interkulturelles und Internationales ausgewählt, dann in Zusammenarbeit mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Institut für allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik angeschrieben bzw. auf elektronischem Wege und/oder durch einen öffentlichen Aushang kontaktiert.

**Abbildung:** Expert\*innen- und Gruppeninterviews, Personen



Die Auswahl sollte den unterschiedlichen Gruppen von Migrant\*innen Rechnung tragen, indem entsprechend der Darmstädter Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Wissenschaftsstadt Darmstadt, Statistische Berichte 1/2016) bestimmte Personengruppen gezielt in den Blick (Junge Erwachsene und Familien) genommen wurden. Migrant\*innenselbstorganisationen (MSOs), die Selbstvertretungen der Migrant\*innen, kamen zu Wort, Professionelle berichteten über ihre Erfahrungen und über die Zufallsauswahl wurden weitere Bürger\*innen zur Teilnahme eingeladen.

Nach positiver Rückmeldung wurden folgende vier Experten und fünf Gruppen im Zeitraum von März bis Mai 2017 anhand eines zuvor angefertigten Interviewleitfadens in den Räumen der TU Darmstadt befragt:

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Vorkenntnisse wurde in einigen Interviews vom vorher angefertigten Interviewleitfaden abgewichen und entsprechend der Situation über Erfahrungen in und mit der Kommune gesprochen.

## **Auswertung der Interviews**

Entsprechend der Zielsetzung der qualitativen Bestandsaufnahme standen in der Auswertung die inhaltlichen Aussagen der Interviewpartner\*innen im Fokus. Hierfür diente das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse.

Da es sich um eine Qualitative Arbeit handelt, sollten signifikante Äußerungen zur Sprache kommen und gespiegelt werden. Dadurch konnten unterschiedliche Themen zum Tragen kommen und viele dieser Themen wurden bei allen oder fast allen Interviews in verschiedenen Kontexten benannt, obwohl nicht explizit danach gefragt wurde. Somit ist zu erkennen, dass diese Thematiken eine besondere Rolle einnehmen und stärker gewichtet sind. Aufgrund der Heterogenität von Menschen mit

Migrationshintergrund sind einige der Ergebnisse auf das gesamtgesellschaftliche Bild Darmstadts übertragbar.

## **Ergebnisse zum Thema Bürgerbeteiligung**

### **Keine Teilnahme aufgrund von Informationsmangel**

Die Mehrheit der Interviewpartner\*innen gab an, keine Kenntnis von bestehenden Beteiligungsverfahren zu haben. Auch die MSOs verneinen die direkte Ansprache hinsichtlich Beteiligungsverfahren sehr deutlich: „Ganz klar und deutlich (.) NEIN!“ (MSO Gruppeninterview, Z. 370). Dabei möchten MSOs überall mit einbezogen werden: „Wir leben ja hier unsere Mitglieder sind hier ansässig und sind überall, und ob das jetzt die Älteren oder Jüngeren oder Männer oder die Frauen sind, die sind in jeder Form von Politik betroffen hier in Darmstadt und dann sollten sie auch in der Diskussion gefragt werden.“ MSO Gruppeninterview, Z. 375–377). Wenn Menschen mit Migrationshintergrund informiert seien, würden sie sich auch beteiligen. Dies sei in der Vergangenheit bei Online-Befragungen geschehen, um eigene politische Interessen nach vorne zu bringen, z. B. ein Bürger\*innenticket (Junge Erwachsene Professionelle, Z. 941–974), bei Verfahren an der Schule, um verschiedene Projekte und die Nachmittagsbetreuung ins Leben zu rufen (B1, Junge Erwachsene Professionelle, Z. 987–988).

## Wissen über Bürgerbeauftragte und Anlaufstellen in Darmstadt

Bei diesem Aspekt zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Interviewpartner\*innen. Für die Mehrheitsangehörigen und jene, die auch beruflich in Kontakt mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt stehen, ist die Bürgerbeauftragte eine sehr gut bekannte Person (z. B. Caritas, Migrationsbeauftragte\*r, DRK usw.). Insbesondere die MSOs und Menschen mit Migrationshintergrund kennen die Bürgerbeauftragte nicht, würden sich aber wünschen, die Situation zu ändern und schlagen hierzu insbesondere vor, dass die Bürgerbeauftragte zum Ausländerbeirat, zu den MSOs und zu Menschen nach Eberstadt und Kranichstein kommt.

Die Kenntnis über Anlaufstellen kann zusammenfassend als nicht sehr ausgeprägt beurteilt werden. Sie hängt insbesondere vom eigenen Engagement und den Interessen ab. Betont wird eine Wissenszunahme durch eine sozial-räumliche Anbindung, z. B. durch Stadtteilbüros (vgl. Gruppeninterview MBE, Z. 176–179). Doch auch hier betont ein\*e Expert\*in, dass die Kenntnis von Anlaufstellen keine Frage der Herkunft sei, sondern der persönlichen Vernetzung, des Interesses und der Bildung (Expert\*in 1, Z. 318–335).

## Zugang zu Menschen mit Migrationshintergrund

Ein\*e Expert\*in formuliert, dass der Zugang über jene Institutionen erfolgen könnte, an denen sich Menschen mit Migrationshintergrund – wie jeder Mensch – im Laufe des Lebens nahezu zwangsläufig aufhalten: Schulen, Vereine, Ausbildungswege und Unternehmen (Expert\*in 2, Z. 164–167). Hierzu müsse die Stadt auch ihre Informationspolitik überdenken (vgl. B2, Junge Erwachsene Professionelle, Z. 1271–1278). Keinesfalls sei ein Zugang nur über das Darmstädter Echo zu erreichen.

Sehr intensiv wurden in allen Interviews die Themen schriftliche Informationen (Flyer) und nachrangig die Frage der sprachlichen Übersetzungen (Dolmetscher\*innen) diskutiert. Wenn Flyer verwendet würden, sei eine Übersetzung in unterschiedliche Sprachen oder Dolmetscher\*innen bei Veranstaltungen für die erste und zweite Generation sowie für Neubürger\*innen sinnvoll (Expert\*in 2, Z. 349–363 und Expert\*in 3, Z. 328–367). Es sei wichtig, damit Menschen sich nicht „wie ein Gehörloser auf einer Hochzeit [wahrnimmt, Autor\*innen]. Alle tanzen und er weiß nicht warum, weil er keine Musik hört“ (Expert\*in 3, Z. 334–335). Im Gegensatz hierzu sollte bei allen anderen die deutsche Sprache ausreichend vorhanden sein und ein Angebot zur Übersetzung in eine vermeintliche Herkunftssprache könne auch als Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund empfunden werden (Expert\*in 3, Z. 328–367).

Insbesondere weisen die Rückmeldungen darauf hin, dass auf den Übersetzungen von Flyer keine hohe Priorität liegen solle, da sie häufig nicht zur Kenntnis genommen werden und von vielen auch als Stigmatisierung wahrgenommen werden könnten. Darüber hinaus leisteten sie einer sprachlichen Spaltung auf kommunaler und öffentlicher Ebene Vorschub. Ein sinnvoller und gezielter Einsatz erscheine nur bei der Gruppe derjenigen sinnvoll, die das deutsche Schulsystem nicht oder nicht vollständig durchlaufen haben oder erst seit kurzem in Deutschland leben. Gleichwohl müsse die städtische Kommunikation nicht für immer monolingual bleiben.

## Hürden

Fast alle Interviewpartner\*innen sahen Hürden auf unterschiedlichen Ebenen. So wurden zunächst die aktuellen Settings der Beteiligungsverfahren benannt. Hierbei liege die Problematik im Format der großen



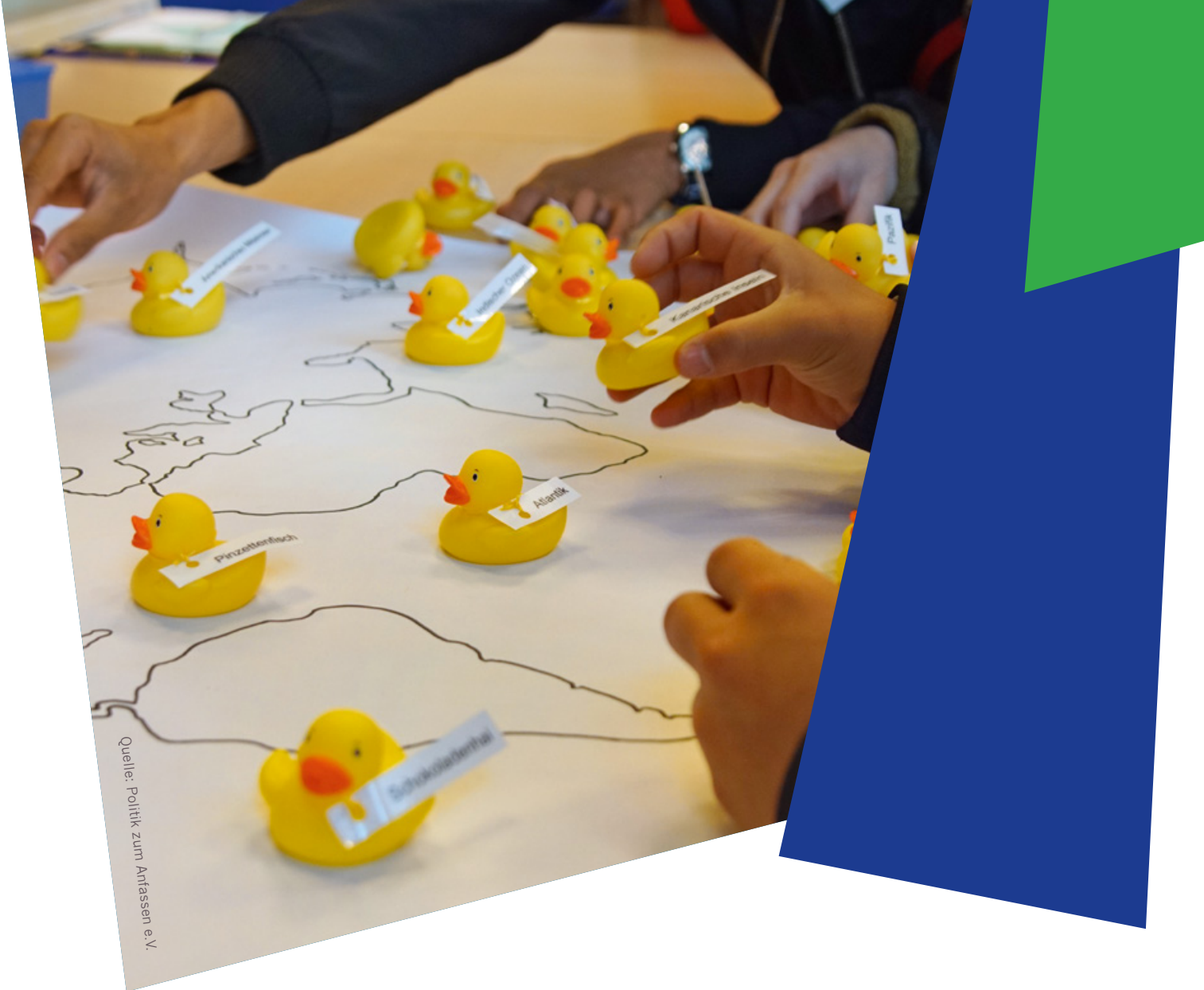


Quelle: Amt für Interkulturelles und Internationales

Plenarveranstaltungen: Die aktive Teilnahme erfordere es im Fokus aller Anwesenden zu sein – auch physisch-, sich vor ein Publikum zu stellen und sich frei äußern zu müssen. Hierdurch entstehe eine „ganz bestimmte Ausprägung wie dieser Diskurs funktioniert“ (B1, Gruppeninterview MBE, Z. 112–123). Dies wird von den anderen Diskutierenden bekräftigt. „Und das ist eine methodische Frage, wenn ich eine Gruppe mit 50, 60 Leuten habe, wo man dann aufstehen muss, ein Mikrofon in die Hand nehmen muss und eine Stellung beziehen muss und Fragen dem Oberbürgermeister stellen muss, das ist ein Setting, in welchem sich Migranten nicht gut beteiligen können“ (B1, Gruppeninterview MBE, Z. 416–420). Dieses Setting sei die Hauptursache: „Das größte Hindernis ist zu sagen, traue ich mich vor so vielen Leuten zu reden, traue ich mich überhaupt zu reden?“ (B3, Gruppeninterview MBE, Z. 455–456). Konkretisiert wird dies durch eine andere Person, demnach sich dieser Ansatz an der oberen Mittelschicht orientiere. Damit sei

es auch weniger eine Frage der Herkunft als mehr eine Bildungsfrage (B1, B2, B3, Junge Erwachsene Professionelle, Z. 1246–1257). Letztlich sei dies kein geeignetes Format und stelle eine hohe Schwelle für Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status dar. Davon sind nicht nur ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen in Darmstadt betroffen. Studien belegen, dass der sozioökonomische Status der Familie enorme Auswirkungen auf den Bildungserfolg bzw. die Bildungschancen der Kinder hat (vgl. u. a. Autorengruppe Bildungsberichtserstattung 2014, Klieme, Artelt, Hartig 2010).

Diese Position der interviewten Personen deckt sich mit den Ergebnissen einer vom BMBF geförderten Evaluationsstudie von Wissenschaft im Dialog. In diesem Kontext zentral erscheint auch das Ergebnis, dass die „Vielfalt der Gesellschaft“ nicht repräsentativ in den untersuchten Beteiligungsverfahren vertreten war (vgl. Wissenschaft im Dialog 2013, S. 27).



Quelle: Politik zum Anfassen e.V.

## Sprache

Im Zuge dessen sei die Sprache zwar auch zu erwähnen, aber eher nachrangig (B2, Junge Erwachsene Professionelle, Z. 3460–464). Ein\*e Interviewpartner\*in mit Migrationshintergrund betont jedoch gerade auch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse als Hürde. In der Muttersprache könne man sich viel besser ausdrücken und sprachliche, sinnstiftende Nuancen setzen. Entsprechend sei gerade auch die Arbeit in den MSOs so wichtig für jene Gruppen, die erst im späteren Lebenslauf die deutsche Sprache erlernt haben (B2, Gruppeninterview MBE, Z. 422–431).

## Kritik an Beteiligungsverfahren

In den Interviews wird auch generelle Kritik an den Beteiligungsverfahren geübt, denn sie

würden häufig zu keinen sinnvollen Ergebnissen führen (Expert\*in 3, Z. 500–505) und auch keine Mitentscheidung der Bürger\*innen hervorbringen (Expert\*in 3, Z. 190–207). Letztlich seien Bürgerbeteiligungsverfahren nur Informationsveranstaltungen (Expert\*in 3, Z. 598–616). Im Gegensatz hierzu wird die eigene Vertretung in einer aktiven Vereinsarbeit gesehen (Expert\*in 3, Z. 598–600) oder in einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Amt für Interkulturelles und Internationales. (Expert\*in 1, Z. 250–309).

Insgesamt konnte in den Interviews festgestellt werden, dass ein enormer Informationsmangel bezüglich der Beteiligungsverfahren besteht. Bedingung für eine Beteiligung ist also zunächst die Information. Hierfür sind das Darmstädter Echo oder bestehende Stadtteilgruppen sinnvoll, aber nicht ausreichend.

Wenn die Information vorhanden ist, beteiligen sich die Menschen insbesondere in Bezug auf ihre unmittelbaren Interessen. Für gelingende Beteiligungsverfahren ist es zentral, Transparenz im Hinblick auf die Stufe der Beteiligung und die Verwertung der Ergebnisse zu schaffen (vgl. beispielsweise Arbter u.a. 2010).

## Handlungsempfehlungen

Die qualitative Bestandsaufnahme ermöglichte die Artikulation von einerseits zahlreichen und konkreten Rückmeldungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die Wissenschaftsstadt Darmstadt und andererseits zu Bedingungen und Interessen an Beteiligungsverfahren. In den folgenden Handlungsempfehlungen werden einige der grundlegenden Aspekte aufgegriffen.

## Wahrnehmung und Repräsentation

Menschen mit Migrationshintergrund sind gleichermaßen Darmstädter\*innen wie andere Bürger\*innen und möchten dementsprechend wahrgenommen und repräsentiert werden. Hierzu gehören auf der politischen Ebene alle Rechte und Pflichten einer demokratischen Gesellschaft, einschließlich des Wahlrechts. Sie sind in sich genauso heterogen wie die Menschen in Deutschland insgesamt. Daher ist es notwendig, diese Heterogenität zu respektieren und sie nicht leichtfertig unter bestimmten Aspekten zu vereinnahmen. Gleichwohl können für einen Teil der Menschen mit Migrationshintergrund bestimmte unterstützende Maßnahmen wichtig sein und diese Aspekte fördern gleichzeitig die gesamte städtische Entwicklung. Diese können bspw. folgende Aspekte beinhalten: Mehrsprachigkeit und Bürgerinnenorientierung in städtischen Ämtern, Maßnahmen, die eine Zunahme des Beschäftigtenanteils mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung fördern, bessere Sichtbarkeit der weltoffenen Stadt Darmstadt in Logos, Internetauftritt und Veröffentlichungen sowie ‚Migrationsbudget‘ der Stadt.

## Information und Kooperation auf Augenhöhe

Insgesamt fühlen sich Menschen mit Migrationshintergrund allgemein und im Hinblick auf städtische Beteiligungsverfahren (zu) wenig informiert. Hier sollten stärker verschiedene Medien berücksichtigt werden. Eine weitere Maßnahme könnte in einer stärkeren Sozialraumorientierung bestehen, „da die Gemeinwesenarbeit eine wichtige Unterstützungsfunktion besitzt, um die Interessen der Betroffenen zu organisieren und Zugänge zu stärken“ (Wissenschaftsstadt Darmstadt 2015, S. 9). Hierfür könnten bspw. Anlaufstellen in allen Stadtteilen geschaffen werden, an denen sich Mitarbeiter\*innen unterschiedlicher Ämter regelmäßig aufhalten, um die Anliegen der Bürger\*innen wohnortnah zu bearbeiten. Regelmäßig könnte auch hier die Bürgerbeauftragte Sprechstunden anbieten, um über Beteiligungsverfahren zu informieren und als Person präsent zu sein.

Die Bürgerbeauftragte sollte darüber hinaus den Kontakt zu den Vertretungen der Bürger\*innen mit Migrationshintergrund gezielt suchen und pflegen. Hierzu bieten sich der Ausländerbeirat sowie die MSOs an. Diese nehmen eine Multiplikatoren- und auch Motivationsfunktion wahr. Sie können die Aktivitäten in den jeweiligen Communities streuen und darüber hinaus Motivation für eine aktive Teilnahme generieren. Im Gegenzug hierzu wollen sie Anerkennung für ihre Leistungen und benötigen institutionelle Unterstützung. Hier treffen sich die Wünsche der Migrant\*innen mit den Vorstellungen der Bürgerbeauftragten sehr gut: „Die Umsetzung des übergeordneten, langfristigen Ziels einer starken kommunalen Beteiligungskultur und einer lebendigen Demokratie gelingt mit vielen zusammen. In Darmstadt brauchen wir weiterhin Menschen, die sich engagieren, die quer denken, die etwas ausprobieren und dazu lernen möchten. Wir wollen Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe, die Lust auf Gestaltung und Zukunft macht!“ (Wissenschaftsstadt Darmstadt 2015, S. 7).

## **Bedingungen zur Teilnahme an Beteiligungsverfahren**

Für eine Teilnahme an Beteiligungsverfahren sind neben der Kenntnis, dass ein Beteiligungsverfahren läuft, weitere Bedingungen zu erfüllen.

Menschen beteiligen sich am ehesten, wenn sie eine reale Chance der Einflussnahme und eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation vermuten. Entsprechend sind im Rahmen von Beteiligungsverfahren den Menschen diese Aspekte zu erläutern.

Themen, die sich eng an den Lebensverhältnissen der Menschen bewegen, wie bspw. die Gestaltung des eigenen Wohnumfeldes, Betreuung der Kinder, Bildungssystem, Wohnen und Arbeiten, sind von besonderem Interesse.

Die Formate sind an den Bedürfnissen der Menschen unterschiedlicher Milieus auszurichten und nicht entsprechend einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Es bieten sich hierzu unterschiedliche Formate an, die ggf. auch miteinander zu kombinieren sind, um möglichst unterschiedliche Milieus für Beteiligungsverfahren zu interessieren. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass nicht bestimmte Gruppen ausgeschlossen werden. So sollte auf das Zeitfenster der Veranstaltungen geachtet

werden, die Fahrtkosten übernommen werden, eine Kinderbetreuung angeboten werden, ggf. Übersetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, Kleingruppen initiiert werden und eine Moderation angeboten werden, welche unterstützend in der Artikulation agiert. Gewinnbringend könnte auch der aktive Einbezug der MSOs sein, indem diese bereits in die Konzeption mit einbezogen werden. Veranstaltungen könnten auch der Beteiligungsverfahren in den jeweiligen Vereinsräumen stattfinden, um dort vor Ort zu sein, wo die Menschen sich auch bewegen.

## **Aktiv sein gegen (Alltags-)Rassismus**

In den Interviews war die Thematik von (Alltags-)Rassismus sehr präsent. Menschen mit Migrationshintergrund sind damit häufig konfrontiert, in ihren Biografien gibt es entsprechende Erfahrungen und Narben der Verletzung. Nur durch eine Benennung und Reflektion entsprechender Situationen im Beteiligungsverfahren erscheint es möglich, dass Menschen mit Migrationshintergrund langfristig mitarbeiten. Es gilt weiteren Verletzungen durch aktives Einschreiten und Thematisieren entgegenzuwirken und den gemeinsamen Willen zu bekunden, gegen Rassismus zu agieren. Ggf. könnte hierzu ein proaktives Ansprechen zu Beginn von Veranstaltungen sinnvoll sein.



Quelle: Büro der Bürgerbeauftragten

---

#### Literatur:

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): „Bildung in Deutschland 2014“, Bielefeld: Bertelsmann Verlag.

Barwig, Klaus, Hinz-Rommel, Wolfgang (Hg.) (1995): Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste broschiert, Freiburg, Lambertus Verlag.

Gomolla, Mechtild, Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. Opladen: Leske und Budrich.

Griese, Christiane, Marburger, Helga (Hrsg.) (2012): Interkulturelle Öffnung – Ein Lehrbuch München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 1–22.

Hinz-Rommel, Wolfgang (1998): Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen. In: IZA-Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 1, S. 36–41.

Hirseland, Katrin (2013): Kooperationen stärken, Engagement fördern: Modellprojekte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur verstärkten Partizipation von MSOs. In: Hunger, Uwe, Metzger, Stefan (Hrsg.): Interkulturelle Öffnung auf dem Prüfstand: Neue Wege der Kooperation und Partizipation. Berlin: Lit Verlag, S. 17–33.

Klieme, Eckhard, Artelt, Cordula, Hartig, Johannes (Hrsg.) (2010): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt, Münster: Waxmann Verlag.

Mecheril, Paul (2010): Anerkennung und Befragung von Zugehörigkeitsverhältnissen. Umriss einer migrationspädagogischen Orientierung. In: Mecheril et al. (Hrsg.): Migrationspädagogik, Weinheim und, Basel: Beltz Verlag, S. 179–191.

Wissenschaft im Dialog (Hg.) (2013): ZukunftsWerkStadt. Evaluation der Bürgerbeteiligung, Berlin. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/medien/publikationen-fotos-videos/zukunftswerkstadt/> Zugriff am 24.7.2017

Wissenschaft im Dialog: Homepage <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/>, Zugriff am 24.7.2017

# 6 Empfehlungen des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung

**Der Arbeitskreis hat im Jahr 2017 seine Arbeit als begleitendes Gremium bei der Umsetzung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Darmstadt im 3. Jahr fortgeführt. Die Mitglieder aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik haben in insgesamt elf Sitzungen an der Verbesserung der Leitlinien zur Anwendung in der Praxis gearbeitet. Hierbei lagen nicht einzelne Projekte oder Einzelvorhaben, sondern die übergeordneten Spielregeln für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluierung von Bürgerbeteiligung im Fokus. Im Berichtsjahr stand die Optimierung des Leitlinienkapitels zur Vorhabenliste auf dem Plan. In guter Zusammenarbeit hat der Arbeitskreis Perspektiven aus den Fachämtern, der Bürgerschaft, sowie der Politik zusammengeführt und das entsprechende Kapitel in den Leitlinien zur besseren Anwendung in der Praxis weiterentwickelt. Dieses wird im Frühjahr 2018 in die politischen Gremien eingebracht werden. Außerdem wurden Themen wie Inklusion in der Beteiligung und Evaluation fortgeführt und weitergedacht.**

Aus den Themen und Diskussionen der Arbeitssitzungen sind folgende vier Empfehlungen des Arbeitskreises für die Bürgerbeteiligung in Darmstadt entstanden:

## Empfehlung 1

### Zugang erleichtern durch aufsuchende Beteiligung

Der Arbeitskreis empfiehlt den Ausbau kommunaler Strukturen in den Stadtteilen im Zusammenspiel mit aufsuchender Beteiligung. Ergänzend wäre zum Beispiel der Ausbau der Angebote in der Gemeinwesenarbeit, mit Stadtteilwerkstätten und Stadteilbüros, wünschenswert. Als konkrete Maßnahmen empfiehlt der Arbeitskreis unter anderem, dass Anlaufstellen für die Menschen vor Ort in den Stadtteilen und Quartieren geschaffen werden. Verzahnt mit digitalen Angeboten können so die Wege zu Beteiligung und Teilhabe verkürzt und die Zugangshürden reduziert werden.

Der Arbeitskreis empfiehlt darüber hinaus, an stark besuchten Orten wie z. B. in der Stadt-

bibliothek eine Möglichkeit zu schaffen, um Anliegen, Lob oder Kritik an die Stadtverwaltung direkt äußern können. Die dort eingegangenen Meldungen sollen bearbeitet und im Anschluss soll in geeigneter Art und Weise Rückmeldung erfolgen. Wie die Umsetzungsmöglichkeiten konkret aussehen können, muss geprüft werden.

## Empfehlung 2

### Einbindung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Auch Multiplikatoren vor Ort sollen noch mehr eingebunden werden, um mehr Menschen direkt zu erreichen. So kann die Reichweite der Kommunikation und Information und die Perspektivenvielfalt in den verschiedenen Beteiligungsprozessen erhöht werden.

Die unterschiedlichen Zielgruppen, die mit verschiedenen Formaten adressiert werden, sollen in den Gesamtprozessen immer wieder zusammengeführt werden. Der Arbeitskreis empfiehlt weiterhin die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, bei denen diese

## Beispiele für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren:

- Geschäftsführungen
- Ortsbeiräte
- Vereine
- Bekannte Personen
- Migrantengruppen
- Seniorenvertretungen
- Schulen
- Beiräte

Gruppen verknüpft und die Teilergebnisse und -perspektiven in einem stimmigen Gesamtprozess zusammengeführt werden.

Mit dem Blick von unterschiedlichen Detailperspektiven auf das große Ganze können Zusammenhänge und Überschneidungen gut sichtbar gemacht werden.

### Empfehlung 3

#### Sichtbarkeit durch zielgruppengerechte Ansprachen

Die Ergebnisse der Evaluation der Bürgerbeteiligung zeigen, dass Plakaten als Informationsquelle in Darmstadt eine hohe Bedeutung zukommt. Der Arbeitskreis empfiehlt, die Kommunikation über Print- und Digitalmedien im öffentlichen Raum sichtbar zu verstärken. Als konkrete Maßnahme schlägt der Arbeitskreis auch die Information über Digitaltafeln vor. Im öffentlichen Raum, an Bahn- und Bushaltestellen und auch in den Fahrzeugen des ÖPNV ist so eine flächendeckende Information möglich. Wie auf den Plakaten auch, sollen Inhalte der digitalen Medien in einfacher Sprache verfasst sein, um eine gute Verständlichkeit zu erreichen und die Reichweite zu erhöhen.

### Empfehlung 4

#### Sichtbarkeit und Erwartungsmanagement durch visuelle Orientierung

Die verschiedenen Stufen der Bürgerbeteiligung (Informieren, Anhören, Mitgestalten) sollen deutlicher sichtbar gemacht werden.<sup>8</sup>

Als konkrete Maßnahme empfiehlt der Arbeitskreis die Erarbeitung eines Konzepts für ein visuelles Orientierungs- und Leitsystem und dessen anschließende Erprobung. Den Beteiligungsstufen und unterschiedlichen Formaten könnten verschiedene Icons oder Farben zugeordnet werden. Eine klare bildliche Sprache erleichtert die Orientierung und trägt zu einem gelungenen Erwartungsmanagement bei. Ziel ist, dass beispielsweise eine Informationsveranstaltung über ein visuelles Leitsystem also informative Veranstaltung klar identifiziert und eingeordnet werden kann. Gleiches gilt für die anderen Beteiligungsstufen.

### Ausblick

Mit Ende der dreijährigen Umsetzungsphase der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im April 2018 endet vorerst auch der Arbeitskreis in seiner jetzigen Form. Die Arbeit im Arbeitskreis wurde von seinen Mitgliedern als sehr bereichernder und vertrauensbildender Austausch zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wertgeschätzt. Der Arbeitskreis empfiehlt zur stetigen Weiterentwicklung und Verbesserung der Leitlinien die Neukonstituierung des Arbeitskreises, um als begleitendes Gremium weiterarbeiten zu können. Hierbei sollten auch neue Formate ergänzend zu den Arbeitssitzungen, wie beispielsweise öffentliche Werkstattgespräche an Projektbeispielen, erprobt werden.

<sup>8</sup> Siehe Darstellung: Stufen der Beteiligung auf Seite 28







Inforadstand zur Aktion „Darmstadts Schätze“  
im Rahmen von „Darmstadt weiterdenken –  
Masterplan Darmstadt 2030+“  
Quelle: Stadtplanungsamt

### **Herausgeberin**

Wissenschaftsstadt Darmstadt  
Dezernat I, Büro der Bürgerbeauftragten  
Neues Rathaus  
Luisenplatz 5a  
64283 Darmstadt

Telefon 06151 13-23 00  
Telefax 06151 13-33 11  
E-Mail [buergerbeauftragte@darmstadt.de](mailto:buergerbeauftragte@darmstadt.de)  
Internet [www.darmstadt.de](http://www.darmstadt.de)

### **Schutzhinweise**

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise –  
ist nur mit Quellenangabe gestattet

© 2018 Wissenschaftsstadt Darmstadt